

Versäke Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 101 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, den 17. Oktober 1933

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt:

Im Urteil der Völker
Seite 2

Die Feuerwehre und der
Reichstagsbrand
Seite 5

Das Blut-
und Schafottgesetz
Seite 6

Inseratenteil beachten!

Die Welt in Bestürzung!

Hitler-Deutschland erschüttert die Nachkriegssysteme der Außenpolitik

Mit anderen Mitteln

D. F. Seit Samstagmittag steht die Welt unter dem Eindruck des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund und des Auszugs der Deutschen aus der Abrüstungskonferenz.

Reichskanzler Hitler hat am Abend des geschichtlichen Tages im Rundfunk eine Rede „An mein Volk“ gehalten und ganz im Stile hohenzollernischer Rhetorik gesprochen. Da fehlte nichts von dem, was zu einer ordentlichen Kriegserklärung gehört. Wieder einmal ist mitten im tiefsten Frieden eine deutsche Reichsregierung von den bösen Nachbarn überfallen worden. Auf der anderen Seite ist die rohe Gewalt, auf der deutschen Seite allein das friedliche Recht. Drüber werden die feierlich beschworenen Verträge mit Füßen getreten und hüben wurden und werden sie mit geradezu fanatischer Treue erfüllt. Deutschland hat keinen anderen Wunsch, als in Frieden und Freiheit sein Reich zu bauen, aber die schlimmen Gegner wollen es daran hindern. Tiefste Friedensliebe befeelt die deutsche Reichsregierung, und darum steht an ihrer Seite auch der liebe Herrgott, der sie sichtlich segnet. „Gott wird mit uns sein, wie er mit unsren Vätern gewesen.“ Das stand noch in jeder hohenzollernischen Proklamation, wenn die Nation aufgefordert wurde, den Degen für ihre Ehre zu ziehen. Hitler ist in den Traditionen der Cäsaren aus dem Hause Hohenzollern geblieben.

In der Form friedlicher Beteuerungen, die nichts wissen von Krieg und Kriegsgeschrei, trennt sich Hitlerdeutschland von nahezu der ganzen übrigen Welt. Es nimmt die Verantwortung für das Scheitern einer allgemeinen Abrüstungskonvention auf sich. Es bringt den Völkerbund in die Gefahr des Zusammenbruchs. Es erschüttert den Aufbau von Friedenspakt, der seit nahezu einem Jahrzehnt unter großen Mühen und weniger großen Hoffnungen errichtet worden ist. Es zerstört das ganze System allgemeinen europäischen Zusammenwirkens, an dem so viele mit jüher Sorgfalt arbeiteten. Es macht den Viermächtepakt zu einem feinen Papier, noch ehe er ratifiziert ist und wirksam werden konnte. Hitlerdeutschland vernichtet alles, was unter den Regierungen der deutschen Republik geschehen ist, um den eisernen Ring, den der unheilvolle Versailler Vertrag um Deutschland geschmiedet hat, für Deutschlands Freiheit und Europas Frieden zu lockern und zu sprengen.

Das bedeutet gewiß noch nicht den Krieg, aber es hat eine Entwicklung eingeleitet, die zum Kriege führen muß, wenn die vor dem Volke unverantwortlichen rohen und expansiven Kräfte in Deutschland weiter am Ruder bleiben, die so sichtbar unser Deutschland dem fast einmütigen Mißtrauen der Welt, ja nahezu der allgemeinen Verachtung ausliefern.

Keine Friedensphrasen, kein Rechtsgerede werden die Welt von der klaren und gefährlichen Tatsache ablenken, daß am 14. Oktober ein im Innern Deutschlands gewalttätiges Regiment mit dem Willen zur Gewalt nach außen vorgestoßen ist. Die friedliche Befreiungspolitik Deutschlands ist zu Ende, und der Befreiungskampf mit anderen Mitteln beginnt. Er muß zu kriegerischen Zusammenstößen führen. Die Dynamik des entseffelten Nationalismus ist stärker als der sogenannte gute Wille. Auch Wilhelm II. klagte, als die Geschütze ihre eherne Sprache begannen, „Ich habe es nicht gewollt“. Die anderen Staatshäupter beteuerten in anderen Worten dasselbe. Es war zu spät. Alle hatten die Ernsthaftigkeit des Spiels und die Höhe des Einsatzes unterschätzt. Es ist jetzt nicht anders. Viel mehr noch als in der wilhelminischen Ära liegt nun die Gefahr auf deutscher Seite und ist für Deutschland größer als damals. Das Deutsche Reich ist nur zu retten und für sein Volk ist ein zukünftiger Aufstieg nur noch denkbar, wenn es die Elemente stürzt, die, ob sie wollen oder nicht, zu außenpolitischen Abenteuern treiben müssen.

Man weiß nun aus dem Munde des deutschen Reichskanzlers, daß Frankreich, England und Nordamerika der jetzigen im Grunde illegalen usurpatorischen Reichsregierung die Gleichberechtigung in Fragen der Abrüstung verweigern, die sie rechtmäßigen Reichsregierungen zu gewähren bereit waren. Dagegen hat sich Hitler mit Worten leidenschaftlicher Empörung aufgelehnt. Er will darin eine Beleidigung des deutschen Volkes erblicken. Das ist eine Verschiebung des Tatbestandes. Das deutsche



„Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen!...“

Volk und seine jetzigen Machthaber sind zweierlei. Die Verantwortung für das, was jetzt geschieht, liegt allein bei dem nationalsozialistischen Cäsaren- und Soldnersystem, nicht bei den Arbeitern und Bauern des deutschen Volkes. Der Reichskanzler und seine Komplizen bleiben mit der großen Schuld belastet, und das einst befreite Volk wird sie richten. In dem Gefühl der Schwere ihrer politischen Verbrechen wollen sich die nationalsozialistischen Machthaber durch eine Volksabstimmung decken. Ohne Parteien, ohne Pressefreiheit, ohne freie Versammlungen, ohne jede Möglichkeit einer Betätigung für die Gegner des Systems, unter dem soeben verhängten Schafottgesetz für alle Sozialisten und Kommunisten ist die sogenannte Reichstagswahl ein Schandspiel, im Vergleich, zu dem die berühmten napoleonischen Plebiszite wie Freiheitsjulen auftragen. Niemand außerhalb Deutschlands wird sich durch diese verlogene Komödie täuschen lassen. Auch Millionen und aber Millionen deutscher Volksgenossen werden sich mit Verachtung abwenden von einer Zumutung, wie sie auch in den schwärzesten Reaktionszeiten den Deutschen nicht gestellt worden ist.

In Worten, die sich bei einigen Parteien sogar zu einem Freundschaftsverben um Frankreich und seinen führenden Staatsmann Daladier steigern, versichert der deutsche Reichskanzler, daß seine braunen Heere nur der Niederwerfung und Niederhaltung des

Viermächtepakt erledigt

Eine Fünfmächtekonferenz — Französische Drohungen mit den militärischen Paragrafen des Versailler Vertrages

Paris, 16. Okt. Der Rat in Genf, die Experten aller Länder vertreten die Auffassung, daß das Viermächteabkommen hinfällig geworden sei. Es sei im Rahmen des Völkerbundespaktes zwischen ständigen Ratmitgliedern abgeschlossen. Nachdem Deutschland sich zurückgezogen habe, werde es automatisch hinfällig. Deshalb glaube man, daß eine kurze Vertagung der Abrüstungskonferenz von Nutzen wäre. Zweifelslos werde die italienische Diplomatie diese kurze Unterbrechung dazu benutzen, das von ihr geschmiedete Instrument den neuen Umständen anzupassen. Sobald die erste Erregung sich gelegt habe, werde man versuchen, die Mächte einschließlich Deutschland und die Vereinigten Staaten zu einer Fünferkonferenz zu vereinen, die wenigstens offiziell sich nicht mehr auf den Völkerbundespakt berufen werde, der in doppelter Hinsicht, durch seine Bezugnahme auf den Völkerbund und wegen der amerikanischen Opposition ungültig geworden ist.

Der Außenminister des Echo de Paris meldet zu der gleichen Frage aus Genf, die italienische Regierung bezieht offen die Auslegung der Konferenz, aber sie wolle die Gelegenheit benutzen, um dem Viermächtepakt seinen vollen Wert zu geben. Nach allgemeiner Auffassung wird das Viermächteabkommen niemals ratifiziert werden, da Deutschland bewiesen hat, welche seltsame Vorstellung es von der europäischen Zusammenarbeit hat. Höchstens könnte Mussolini eine Fünferkonferenz zustande bringen. Das Blatt würde es begrüßen, wenn die Abrüstungskonferenz nicht fortgesetzt würde, da dies nur im Interesse Frankreichs liege, und regt mit der Behauptung, daß Deutschlands Abrüstung bereits bestehe, an, den Völkerbund so schnell wie möglich aufzulösen, die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages spielen zu lassen. Wenn sich innerhalb des Völkerbundes Meinungsverschiedenheiten herausstellen sollten, werde Paragraf 7 von Artikel 15 des Völkerbundespaktes in Kraft treten müssen, der den Staaten ihre Handlungsfreiheit wiedergebe.

inneren Feindes gelten. Wieder einmal empfiehlt sich Hitler dem internationalen Kapitalismus als der erprobte Henker einer freien sozialistischen Arbeiterbewegung. „Kommunismus“ nennt er alles, was als selbständiger Arbeiterkampf lebt. Daran ist soviel richtig, daß er und seine Bewegung von der deutschen Schwerindustrie und ihren Verbündeten bezahlt worden sind, um mit allen Mitteln des Terrors und der Verleumdung die deutsche Arbeiterbewegung erst aufzuhalten und dann zu zerstören. Das geschah aus demagogischen Gründen unter den roten Fahnen eines Scheinsozialismus. Dieser „Sozialismus“ ist auch in seinem letzten Schimmer dahin, seitdem Hitler im Auftrage der deutschen Rüstungsindustrie und des deutschen Latifundienbesitzes regiert. Der Nationalismus allein ist übriggeblieben. Er ist die treibende Kraft des neuen Regimes und führt die Gefahren heraus, die Europa erschüttern.

Um Zeit zu gewinnen, verleugnet der Reichskanzler den ganzen Adolf Hitler. Seine Programmbibel „Mein Kampf“ ist auf eine europäische Konstellation zum Vernichtungskampfe Deutschlands gegen Frankreich gerichtet. Mit einer Klarheit, die jede Kompromißlösung ausschließt, wird dargelegt, daß ein starkes Frankreich und ein starkes Deutschland nicht nebeneinander leben können. Das „verneuerte“ Frankreich müsse dem Willen Deutschlands unterworfen werden. Tag für Tag wird das heute noch der deutschen Jugend eingehämmert. Und nun stellt sich der Verfasser dieses Buches hin, dessen Ertrag ihn zum Millionär gemacht hat, und verzichtet feierlich auf Elsass-Lothringen, auf jeden „territorialen Konflikt“, will nur noch die Rückkehr des Saargebietes und dann den ewigen Gottesfrieden mit dem demokratischen Frankreich. Er, der mit dem tiefsten Haß gegen die französische große Revolution geladen ist und sich immer wieder verschworen hat, ihre Wirkungen ebenso auszurotten wie den Bolschewismus, den er nur für einen späten Sohn des 14. Juli 1789 hält. Man darf durchaus glauben, daß es dem Reichskanzler mit dem Willen zu Verhandlungen zunächst ernst ist und er bis an die Grenze des Möglichen, ja bis

Im Urteil der Völker

zu gewissen außenpolitischen Demütigungen gehen wird, um Aktionen Frankreichs und neben Frankreich stehender Mächte zu verhindern. Wenn er es nicht selbst gemocht haben sollte, werden ihm die deutschen Generale beigebracht haben, daß jeder militärische Zusammenstoß jetzt mit der Vernichtung Deutschlands enden muß.

Hinter den starken Worten des Reichshauptquartiers steht die Feigheit. Er fürchtet sich. Schon hat er seiner braunen Miliz verboten, in der entmilitarisierten Zone irgendwelche, wenn auch geschlossene politische Kundgebungen zu veranstalten. Man darf ruhig annehmen, daß der Reichshauptquartier, wenn er es für zweckdienlich hält, seine Miliz auf der entmilitarisierten Zone sogar durch den Verzicht auf die Uniform und äußere militärische Formen tarnen wird. So sehr ist er noch darauf angewiesen, die Schonung durch Frankreich zu wünschen. Er kennt die furchtbare Wunde, die die entmilitarisierte Zone für eine deutsche Machtpolitik bietet. Er weiß, daß auf Grund des Versailler Vertrages jederzeit eingeschritten werden kann, wenn auf dem linken Rheinufer und in dessen Brückenhöfen irgendwelche militärischen Vorbereitungen getroffen werden. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß Frankreich sogar die tatsächliche Auflösung der SA. und SS. in der entmilitarisierten Zone fordern und durchsetzen könnte, wenn es dies wollte.

Es spricht nichts dafür, daß die Entwicklung in Europa nun rasch dramatischen Zuspitzungen entgegensteht. Man wird in Genf zu retten versuchen, was vom Völkerbund und von einer Abrüstungskonvention noch zu retten ist. Man wird, wenigstens äußerlich, an der Hoffnung einer Rückkehr Deutschlands festhalten. Dies um so mehr, als Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund nach dessen Bestimmungen erst nach dem Ablauf einer Kündigungsfrist von zwei Jahren effektiv werden wird. Die deutsche Reichsregierung selbst wird alle Wege gehen, die zu Verhandlungen führen können und die anderen haben keinen Grund, diese Wege zu verbauen. Die Folgen eines neuen Krieges in Europa sind für den ganzen Kontinent so furchtbar, daß die führenden Staatsmänner überall vor dem letzten Schritt zurückzusehen werden.

Das alles aber darf niemanden darüber täuschen, daß eine Periode mit unmittelbarer Kriegsgefahr begonnen ist. Frankreich fühlt sich durch den deutschen Nationalismus bedroht. England und die kleineren europäischen Staaten anerkennen die Berechtigung dieses Gefühls. Nordamerika hat für dieses allgemeine Mißtrauen gegen Hitlerdeutschland mindestens viel Verständnis. Ganz Europa glaubt fest daran, daß die technische Aufrüstung Deutschlands in vollem Gange ist. Die moralische Aufrüstung steht als eine furchtbare Erscheinung vor dem europäischen Horizont. Der Wehrwille, die Bereitschaft, sich im Krieg zu opfern, der Glaube an ein größeres Deutschland, das alle Volksgenossen deutscher Junge umschließt, wird von der Blut eines Nationalismus angefaßt, wie ihn bisher die Geschichte der deutschen Nation nicht gekannt hat. Diese riesenhafte ideologische Kräfte erwachsen aus einem Lande, dessen Volk in allen seinen Schichten unter schwersten wirtschaftlichen Sorgen lebt und von der Ueberzeugung geradezu besessen ist, daß seine Not nur durch die Vernichtung des Versailler Diktats behoben werden kann.

Das sind gewaltige Spannungen, die zu baldigen Lösungen drängen, und die Gefahr gewaltiger Entscheidungen steht nun erschreckend vor der Welt.

Englische Kaltblütigkeit

Pressestimmen nach deutscher offiziöser Auswahl

London, 10. Okt. Die Morgenpresse bespricht die Lage, die durch Deutschlands Schritt von Samstag entstanden ist, mit betonter Kaltblütigkeit. Sie zeigt das Bestreben nach objektiver Betrachtungsweise und nach Würdigung der deutschen Beweggründe. Vielsach wird auf die Möglichkeit hingewiesen, unter Benutzung des Viermächtepaktes auf die Beseitigung der Schwierigkeiten hinzuwirken.

"Morning Post" erklärt: Deutschland hatte das Gefühl, in der Frage der Gleichberechtigung von Europa zumarren gehalten zu werden, da ein Zugeständnis, das acht Jahre aufgeschoben werden soll, wenig oder gar keinen Wert besitzt. Unter Hinweis auf die Erklärung des Reichskanzlers, daß die deutsche Regierung bereit ist, über die Regelung aller Meinungsverschiedenheiten mit den anderen Nationen zu verhandeln, sagt das Blatt: Wenn die maßgebenden französischen Stellen ebenso klaren Kopf behalten wie früher, dann werden sie es vielleicht als eine Erleichterung empfinden, von den Unstimmlichkeiten der Abrüstungskonferenz befreit und in der Lage zu sein, über reale Dinge zu verhandeln. Wir hoffen daher, daß Herr Hitlers Einladung angenommen werden wird. Mussolinis Viermächtepakt könnte als eine Grundlage dienen.

"Daily Mail" meint, der Friedensvertrag habe wichtige Bedingungen festgelegt, die die siegreichen Feinde Deutschlands zu erfüllen hatten. Nach deutscher Auffassung sei der Vertrag nicht erfüllt worden. Die Begeisterung, mit der Herr Hitler vom Volk in Deutschland unterstützt werde, deutet sicher darauf hin, daß er die beträchtliche Mehrheit der deutschen Nation hinter sich habe. Nicht in der Handlungsweise des deutschen Reichskanzlers liege für den Augenblick die Gefahr, sondern in der Möglichkeit, daß sein Schritt andere Mächte veranlassen könnte, Gegenmaßnahmen zu treffen, die schlimme Folgen haben könnten.

Der liberale "News Chronicle" schreibt: Herrn Hitlers friedfertige Erklärungen deuten offensichtlich darauf hin, daß die Tür nicht unüberwindlich geschlossen ist. Folgende Dinge sind notwendig, solange es noch nicht zu spät ist: Die Abrüstungskonvention muß fertiggestellt werden, die Studien der Abrüstung müssen fortgesetzt werden, die verbotenen Waffen müssen bezeichnet werden, die Untersuchungskommission muß aufgestellt und die vierjährige Probezeit muß verkündet werden. Wenn dies geschehen ist, aber nicht vorher, dann wird es für Deutschland nicht länger möglich sein, zu sagen, daß die anderen Mächte niemals haben abzürsten wollen oder daß es eingekreist ist.

Der sozialistische "Daily Herald" sagt: Noch sei die Gelegenheit gegeben, Deutschland in den Völkerbund zurückzubringen und zum Teilnehmer an einer Abrüstungskonvention zu machen. Wenn die Konferenz ihre Arbeit fortsetze und eine Konvention aufstelle, die Deutschland tatsächlich von dem bitteren Gefühl der Demütigung und Unterlegenheit befreit, dann werde die Katastrophe von Samstag wieder gut gemacht werden können. Wenn die europäischen Mächte dagegen durch Schaffung einer Scheinkonvention oder durch Fallengelassen der Konferenz überhaupt der Politik der Befriedung und der Völkerbundarbeit den Rücken kehren und sich wieder der Suche nach Sicherheit durch Rüstungen oder Bündnisse zuwenden, dann sei nichts anderes zu erwarten, als ein neuer und selbstmörderischer Krieg.

"Daily Telegraph" erklärt: Dies ist kein Augenblick, um

Der Eindruck in Genf

Der "Temps" berichtet aus der Völkerbundstadt: Die Nachricht, die soeben aus Berlin gekommen ist, daß die Hitlerregierung sich infolge der Sitzung des Konferenzbüros entschlossen hat, ihre Delegation nicht mehr bei der Abrüstungskonferenz zu belassen und aus dem Völkerbund auszutreten, ruft hier eine tiefe Erregung hervor.

Es ist schwierig zu glauben, daß die Entscheidung des Kanzlers Hitler von der heutigen Diskussion hat abhängen können, denn man war sich hier auch auf deutscher Seite einig über die Nötigung, die in den Ausführungen Sir John Simons zum Ausdruck kam. Man schreibt den Entschluß eher der Tatsache zu, daß Deutschland in der Frage der nationalen Winderheiten und der deutschen Juden innerhalb des Völkerbundes isoliert geblieben ist. Man glaubt auch an die Möglichkeit eines innerpolitischen Wanders, das bestimmt ist, das Regiment zu stützen, und erwartet mit Ruhe die Entwicklung der Lage.

Was es auch immer sei, die Generalkommission der Konferenz wird Montag zusammentreten, da sie allein über ihre eigene Vertagung beschließen kann.

Angeht die gegebene Lage, meint man in Genf, würde es keineswegs erbaulich sein, wenn Mussolini seinen Plan wieder aufgriffe, die Signatarmächte des Viererpaktes zusammenzurufen. Er würde sich auf den Artikel 3 des Vertrages berufen, der vorsieht, daß im Falle eines Bruchs in Genf die vier Mächte sich in freundschaftlicher Weise über die weiteren Richtlinien ihres Handelns verständigen.

Paris

Paris, 16. Oktober.

Äußerungen der französischen Regierung liegen nicht vor. Man nimmt an, daß am Dienstag in der Eröffnungssitzung der Kammer Ministerpräsident Daladier eine Erklärung zur Außenpolitik abgeben wird. In den zahlreichen außenpolitischen Interpellationen ist noch eine des Pariser Abgeordneten Taittinger gekommen, der die Regierung schon über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde befragt.

Sehr lebhaft wird der Verzicht auf Elsass-Lothringen in der Reichskanzlerrede besprochen. Hitler hat diesen Verzicht klarer formuliert, als man erwartet hatte. Man erblickt darin eine Einladung zu unmittelbaren Verhandlungen an Frankreich. Es besteht aber nirgendwo Neigung, diese einladende Geste anzunehmen. "Echo de Paris" antwortet auf die Kanzlerrede:

„Deutschland will den Krieg, und die Volksoberstimung vom 12. November wird seinen Kriegswillen ausdrücken. Niemand hat mehr das Recht daran zu zweifeln. Wenn wir die Dinge laufen lassen, wird die Kriegserklärung eines Tages plötzlich in Berlin erschallen, wie die Herausforderung an den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz soeben erschollen ist. Sollen wir untätig abwarten, bis das deutsche Reich seine Vorbereitungen beendet hat?“

In zahlreichen Pressestimmen werden Drohungen gegen Deutschland wegen Verletzungen des Versailler Vertrages zur Entwarnung Deutschlands ausgeköstet. So schreibt das "Journal", der Rückzug Deutschlands aus Genf sei darauf zurückzuführen, daß Deutschland die Entdeckung seiner Verletzungen gegen den Versailler Vertrag besürchte.

„Man muß die Gründe in den wiederholten Verfehlungen suchen, deren Deutschland sich seit Jahren in bezug auf Waffenbesitzung schuldig gemacht hat, und welche durch Einsetzung einer längeren Probezeit und einer wirksamen Kontrolle unfehlbar zur Entdeckung gebracht worden wären. Eben weil es die Ueberwachung fürchtet, welche zur Entdeckung seiner zusätzlichen Maschinenwaffen, seiner leichten Tanks und Luftabwehrkanonen geführt hätte, forderte Deutschland die Ermächtigung, diese verbotenen Waffen vom Beginn der Probezeit an zu besitzen.“

"Echo de Paris" zitiert die Artikel 164 und 213 des Friedensvertrages und verlangt, daß der Völkerbundsapparat wegen der Verstöße gegen Artikel 42 und 43 in der entmilitarisierten Zone in Gang gesetzt werde und die Garanten von Locarno, England und Italien angerufen werden müßten.

Gefahren mehr denn je

Der "Temps" vom 15. Oktober schreibt in einem Aufsatz: „Gefahren mehr denn je“:

Was kann Deutschland von einer solchen Politik erhoffen? Man erkennt es nicht. Vor der ganzen Welt läßt es die volle Verantwortung für die brutale Zerstörung aller Werte auf sich, die in vierzehn Jahren mit Eifer und schwerer Mühe aufgebaut und unter schwierigen Umständen erhalten wurden, um einen dauerhaften Frieden unter den Völkern herzustellen. Was kann Deutschland jetzt gewinnen? Nichts, da in Ermangelung eines allgemeinen Abkommens über die Abrüstung der Vertrag von Versailles in seiner ganzen Strenge fortbesteht und die Mächte, die ihn unterzeichnet haben, es nicht zulassen, daß er verletzt wird. Man weiß das in Berlin, denn man konnte sich dort über die Warnung Englands, die in der Rede Stanley Baldwin zu Birmingham enthalten war, seiner Zäufung hingeben. Man wird morgen die Rückwirkungen feststellen, welche der deutsche Schritt in allen Ländern hervorrufen wird, wo der Glaube an das Wert des Friedens edle Hoffnungen hat aufkeimen lassen. Das Scheitern der Abrüstungskonferenz durch den Fehler Deutschlands bringt die Gefahr einer Wiederaufnahme des Vertrauens mit sich. Mehr als jemals wird die Welt Gefahren ausgesetzt sein. Das werden die Völker schwerlich den Männern des "dritten Reiches" verzeihen, die soeben den Völkern das Gefühl von der Realität der deutschen Gefahr gegeben haben, einer Gefahr, die nur durch das Einverständnis und den engen Zusammenhalt aller gutwilligen Menschen beschworen werden kann.

Loszuschlagen. Diese neueste und sensationellste Wendung in Genf gibt doch noch keinen Anlaß zu besürchten, daß der Friede gefährdet sei.

Die erste Pflicht des Völkerbundes sei, alles Verede von einer drohenden Kriegsgefahr zu unterlassen, und die erste Pflicht der Regierungen der Welt, so bald wie möglich den Plan vorzulegen, den Deutschland verworfen habe. Die Aussicht auf Zustandekommen der Konvention sei im Augenblick dahin. Aber die Welt sollte die Möglichkeit haben, sie in der Gestalt zu beurteilen, die man ihr geben sollte.

Schweizer Stimmen

Die "Baseler Nachrichten" meinen, Deutschland habe sich von jeder Art von internationaler Gemeinschaft ab. Die Baseler "Nationalzeitung" schreibt, die Ereignisse stellten einen hohen Grad von Unsicherheit in Europa dar und lösten ein bis ins Unerträuliche gesteigertes Mißtrauen gegen das Land aus, das sich über die der öffentlichen Aussprache der Welt entzogen habe. Die eidgenössische Regierung beurteile die Lage ruhig. In der Beurteilung, die am Samstag in den Städten der Nordschweiz erkennbar gewesen sei, bestehe nicht der geringste Grund. Der Berner "Bund" verlangt die Beseitigung der Deutschland diskriminierenden Stellen, z. B. die Kriegsschuldparagrafen im Versailler Vertrag. Die "Neue Zürcher Zeitung" betont, daß das heutige Deutschland nicht mehr dasselbe sei, wie das, dem im Dezember 1932 die Gleichberechtigung zugefagt worden sei.

Die Sicherheit beruhe nicht nur auf materiellen, meßbaren Dingen, sondern auch auf psychologischen Erwägungen. Der Beschluß der deutschen Regierung weiche der Entscheidung aus, die man in Genf von ihr gefordert habe, und läufte auf ein Gebiet, das nur noch bedingt der auswärtigen Politik angehöre.

Holland: Isolierung und Spannung

"Algemeen Handelsblad": Deutschland begebe sich freiwillig in die Isolierung. Das schon bestehende gegenseitige Mißtrauen in Europa werde hierdurch weiter gesteigert. Der Entschluß des deutschen Reichskanzlers möge vielleicht unter innerpolitischen Gesichtspunkten die erhoffte Auswirkung haben und das deutsche Volk noch enger zusammenschweißen, nach außen hin stelle er jedoch ein großes Risiko dar.

"Nieuwe Rotterdamse Courant": Man habe jetzt in der europäischen Politik den Gipfel einer sehr gefährlichen Spannung erreicht. Man müsse anerkennen, daß die Berliner Regierung angesichts des Verfalls der Genfer Verhandlungen nur noch die Wahl zwischen Biegen und Brechen hatte und daß die erstere Lösung für sie aus innerpolitischen Erwägungen nicht mehr gangbar war. Die Reaktion auf diesen deutschen Schritt werde erheblich sein.

Amerika bestürzt

Aber keine „voreiligen“ Schritte

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet über die Stimmung Nordamerikas aus New York:

Die Sonntagspresse beschäftigt sich aufs Ausführlichste mit der nach dem deutschen Schritt entstandenen Lage. Die Meldungen sind mit Riesenschlagzeilen versehen. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund hat wie eine Bombe gewirkt. Trotz der bekannten amerikanischen Skepsis dem Völkerbund gegenüber ruht der deutsche Entschluß wegen der weittragenden Konsequenzen Besürzung hervor. Noch früher fast beurteilt man den Zusammenbruch der Abrüstungsverhandlungen, hat aber die Hoffnung immer noch nicht ganz aufgegeben, man sei vielleicht dennoch von amerikanischer Seite in der Lage, neue Kompromißvorschläge machen zu können, die ein Vertrauen als eine gefährliche Zuspitzung der politischen Lage in Europa mit allen Mitteln verhindern sollen. Dabei gibt man in Washington vielfach zu, daß der langjährige Widerstand Frankreichs über das man durch seine Unnachgiebigkeit in der Kriegsschuldfrage ohnehin verärgert ist) der Abrüstung andauernd Hindernisse in den Weg lege. Andererseits findet der deutsche Standpunkt, mit dem die hiesigen deutschfreundlichen Kreise sympathisieren, in Amtskreisen nicht immer vollen Verständnis, zumal die deutschfeindliche Propaganda unermüdlich am Werk bleibt und Spalten der Tagespresse täglich mit Heilmeldungen über Deutschland füllt.

Die heurückigt die Stimmung ist, beweisen Korrespondenzmeldungen aus Washington, die sich vielfach mit der Frage möglicher französischer Repressalien beschäftigen. Amerika würde allerdings diese, wie die Zeitungen betonen, keinesfalls mitmachen. In gutunterrichteten Kreisen besteht aber der Eindruck, daß derartige aufgeregte Ueberlegungen heute noch voreilig seien, zumal der Kanzler gestern wieder Friedensliebe und Verhältnlichkeit des deutschen Volkes so eindringlich betont hat.

Für Rettung der Konferenz

Aber mit starkem Pessimismus

Washington, 16. Okt. (Reuter.) Regierungsbeamte drückten ihre Zustimmung zu dem Beschluß aus, eine zeitweilige Aussetzung der allgemeinen Abrüstungsbesprechungen zu empfehlen, aber einer endgültigen Vertagung sich entschieden zu widersetzen. Das Staatsdepartement äußerte, Norman Davis sei ermächtigt, einer solchen Empfehlung ohne Rücksprache mit Washington zuzustimmen. Die zeitweilige Aussetzung wird als wünschenswert betrachtet, um die Staatsmänner instandzusetzen, eine Lösung auszuarbeiten, falls sie überhaupt möglich sei. In offiziellen Kreisen ist man der Ansicht, daß Deutschland nicht, wenigstens nicht für längere Zeit, an den Verhandlungstisch der Abrüstungskonferenz zurückgebracht werden könne. Man hält es aber für notwendig, daß die Konferenz vor dem Zusammenbruch beharrt wird, der den Beginn eines großen internationalen Vertrauens beuten würde.

Wolfe (Reuter), 16. Okt. (Reuter.) Ueber Deutschlands Schritt sagte Senator Borah gestern Abend in einer Rede in einer Volksversammlung: Wir stehen der Möglichkeit eines neuen Krieges gegenüber. Für diese Lage kann keine bestimmte Nation verantwortlich gemacht werden. Sie ist das Ergebnis der Politik vieler Nationen. Der Senator forderte die Siegernationen auf, ihr im Versailler Vertrag gegebenes Abrüstungsversprechen zu erfüllen.

"Times" behauptet, daß der Kanzler Methoden, mit denen er in der inneren Politik Deutschlands gute Erfolge gehabt habe, in die auswärtigen Angelegenheiten einzuführen versuche. Die Kundgebung an das deutsche Volk enthalte einige offensibare und allgemeine Wahrheiten, die jeder unterschreiben könne. Aber das meiste falle nicht ins Gewicht angesichts der verhältnismäßig geringen Meinungsverschiedenheiten, die in Genf erörtert würden. Auch die Rundfunkansprache habe nichts enthalten, was einen Bruch gerade im letzten Augenblick gerechtfertigt hätte.

Der Simon-Plan

Weitgehende Einheitsfront in Genf

Noch vor dem Bekanntwerden der großen deutschen Westfront des Büro der Abrüstungskonferenz zur Vorbereitung der am Montag stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses zusammen. Sir John Simon, der britische Außenminister, gab formulierte Erklärungen ab, deren wesentlicher Inhalt ist:

Auf Grund der Unterredungen, die die englischen Vertreter mit den Vertretern von Frankreich, Deutschland, Italien, Amerika wie auch den Vertretern anderer Mächte geführt haben, sei es nunmehr zu der Auffassung gelangt, daß der vor sechs Monaten eingereichte und einstimmig als Verhandlungsgrundlage angenommene englische Abkommensentwurf in mancher Beziehung Abänderungen erfahren müsse. Der Entwurf sah ein Abkommen für fünf Jahre vor.

Verschiedene Mächte sprachen jedoch den Wunsch nach einer Ausdehnung auf acht Jahre aus, wogegen keine ernsthaften Einwendungen erhoben worden seien.

Ferner wurde vorgeschlagen, daß diese Gesamtperiode von fünf Jahren durch ein Programm auszufüllen sei, das am Ende der Periode zwei wichtige Bedingungen verwirklichen müsse: 1. wesentliche Abrüstungsmaßnahmen von Seiten der schwerbewaffneten Mächte, 2. die Durchführung eines Regimes der Sicherheit, der seit dem Dezember des vergangenen Jahres nicht nur als Ziel der Mächte, sondern auch als das Ziel der Abrüstungskonferenz selbst erklärt worden war. Hierfür sei es allerdings notwendig, in zwei Etappen vorzugehen, wobei daran zu erinnern ist, daß der Gedanke der stufenweisen Methode von dem Allgemeinen Ausschuss bereits angenommen ist.

Dieses Programm, das müsse er mit allem Freimut ausdrücken, erfordere aber, daß die durch die Verträge entworfenen Mächte nicht mit einer Vermehrung ihrer Rüstungen beginnen dürfen, sondern ihre Bereitwilligkeit zu einer der von ihm angedeuteten Tabellen ausdrücken.

Die Regierung des Vereinigten Königreiches ist der Ansicht, daß eine Verständigung nicht erreicht werden könne auf der Grundlage eines Abkommens, welches irgendwelche sofortige Aufrüstungen vorseht.

„Wenn ich von Nichtaufrüstung spreche,“ so erklärte hierzu der englische Außenminister, „will ich nicht die vernünftige Erwägung betonen, die sich, da die Reichswehr in eine kurzfristige größere Armee verwandelt werden soll, auf eine entsprechende numerische Vermehrung ihrer Ausrüstung bezieht. Vom Beginn des Abkommens an müßte eine Vereinbarung darüber bestehen, daß keine Regierung Waffen von irgendeinem Typus herstellen oder erwerben wird, der eventuell abgefaßt werden soll.“

Der amerikanische Bevollmächtigte

Norman Davis,

der als zweiter Redner das Wort ergriff, unterstützte völlig die Darlegungen des englischen Außenministers. Unter den gegenwärtigen Umständen seien Etappen für die Erreichung der Gleichberechtigung notwendig.

Nach dem amerikanischen Vertreter ergriff der italienische Delegierte

Sorania

das Wort, um vorsichtig und zurückhaltend zu erklären, daß die italienische Abordnung auf den von Sir John Simon gezogenen Linien mitarbeiten werde, aber gleichzeitig die Hoffnung ausdrücke, daß alle Staaten diese Linien als positive Basis für die späteren Arbeiten betrachten können.

Der französische Außenminister

Paul-Boncour

erklärte hierauf, daß er den Ausführungen seines englischen Kollegen zustimme und ihm für sein loyales Verhalten danken wolle. Die Besprechungen hätten sich bisher nur in einem Kreise bestimmter Mächte vollzogen. Die Entscheidung liege jetzt bei der Konferenz. Frankreich stimme den einzelnen Vorschlägen im allgemeinen zu und erblicke die Zentralidee in der Teilung des Abkommens in zwei Perioden. Die erste Periode müsse die Erfahrungen über das Ergebnis und die Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen zutage fördern. Bei dem Entschluß der Schaffung einer ersten Periode sei vor allem auch die politische Seite des Problems berücksichtigt worden sowie die Notwendigkeit, die Achtung der Verträge zu sichern. Wenn die gerüsteten Staaten wirksame und substantielle Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung treffen sollen, so sei die Voraussetzung dafür, daß in der Periode keinerlei Aufrüstung erfolge. Sonst würde das gesamte Ziel des Abrüstungsverwerkes vernichtet. Paul-Boncour sprach sich zum Schluß gegen eine Verlängerung der ersten Periode aus. Er halte aus mancherlei Gründen eine Periode von vier Jahren für notwendig, wolle aber diese Frage noch nicht entscheiden.

Der deutsche Vertreter

v. Rheinbaben

teilte hierauf mit, daß er in Abwesenheit des Delegationsführers, Reichsminister Radolun, sich darauf beschränken wolle, folgende Erklärung abzugeben:

„Ich darf es als gegebene Tatsache ansehen, daß die anwesenden Mitglieder des Präsidiums die Auffassung der deutschen Regierung über die Abrüstungsfrage kennen, die durch zwei Forderungen und zwei Faktoren gekennzeichnet wird: 1. wirkliche und substantielle Abrüstung der hochgerüsteten Staaten, 2. sofortige praktische Anwendung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung, wobei die Frage der Quantität für Verhandlungen offenbleibt. In diesem Sinne habe ich von der sehr wichtigen Erklärung Sir John Simons Kenntnis genommen und werde ihren Inhalt sofort der Reichsregierung übermitteln.“

Der belgische Vertreter Bourquin, der griechische Vertreter Politis, der tschechoslowakische Außenminister Benesch erteilten hierauf ausdrücklich den Nichtlinien Sir John Simons ihre Zustimmung.

Konferenzpräsident Henderson schloß die Präsidiumssitzung ab, indem er den Vorschlag machte, den Allgemeinen Ausschuss, der am Montag zusammentritt, die Erklärung von Sir John Simon und die Ergebnisse der heutigen Aussprache zu übermitteln, damit der Ausschuss in eine Beratung hierüber eintreten könne.

Herr Präsident!

Namens der deutschen Reichsregierung habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Nach dem Verlauf, den die letzten Beratungen der beteiligten Mächte über die Abrüstungsfrage genommen haben, steht nunmehr endgültig fest, daß die Abrüstungskonferenz ihre einzige Aufgabe, die allgemeine Abrüstung durchzuführen, nicht erfüllen wird. Zugleich steht fest, daß dieses Scheitern der Abrüstungskonferenz allein auf den mangelnden Willen der hoch gerüsteten Staaten zurückzuführen ist, ihre vertragliche Verpflichtung zur Abrüstung jetzt einzulösen. Damit ist auch die Verwirklichung des anerkannten Anspruches Deutschlands auf Gleichberechtigung unmöglich gemacht worden und die Voraussetzung fortgefallen, unter der sich die deutsche Regierung Anfang dieses Jahres zur Wiederbeteiligung an den Arbeiten der Konferenz bereit gefunden hatte.

Die deutsche Regierung sieht sich daher gezwungen, die Abrüstungskonferenz zu verlassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez.: Freiherr v. Neurath.

Das soll eine Wahl sein!

Es gibt nur eine Partei, die antreten darf . . .

Berlin, 14. Oktober.

Die Volksabstimmung über die in der Proklamierung der Reichsregierung dem Volke gestellten Fragen und die Neuwahl des Deutschen Reichstages werden in einem Wahlgange am 12. November stattfinden. Es werden zwei Stimmzettel hergestellt, von denen der eine den wohl allein vorhandenen Wahlvorschlag der NSDAP. enthält, und der andere die Worte „Ja“ oder „Nein“. Beide Stimmzettel kommen in einen Wahlumschlag. Aus der Zahl der Stimmen, die die NSDAP. erhält, ferner aus der Zahl der Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung dürfte sich sehr deutlich ergeben, daß heute das ganze deutsche Volk, soweit es politisch ernst zu nehmen ist, hinter der NSDAP. steht. Der Wahlkampf wird sich auf eine Fülle von Aufklärungsverfammlungen der NSDAP. beschränken, denn andere Listen dürfen kaum eingereicht werden, da sie 80.000 Unterschriften tragen müßten und in Deutschland sich heute keine 80.000 Menschen mehr finden, die bereit sind, eine Splitterpartei mit ihrem Namen zu unterstützen.

Das ist eine amtliche Meldung. Mit brutaler Offenheit gibt sie zu, daß diese Wahl nichts anderes werden soll als eine Farce. Es gibt nur eine nationalsozialistische Liste. Niemand sonst darf werbend auftreten und für seine Ueberzeugung Stimmen erbitten. Nach dem jüngsten Mißgeschick der Versuch zur Gründung einer neuen Partei unter Zuchthausstrafe. Ein Andersgeinnter kann also praktisch überhaupt nicht wählen. Die „Aufklärungsverfammlungen“ werden nichts anderes sein als eine durch Terrorrohungen gewürzte Aufspaltung der von Hitler, Goebbels und Göring erweckten Instinkte. Das wird dann der Welt als „Volksmeinung“ präsentiert!

Schwerindustrie begeistert!

Genau wie bei Cuno

Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach, hat folgende Telegramme an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler gerichtet:

An Reichspräsident v. Hindenburg, Berlin:

„In der schicksalsschweren Stunde, in der die Reichsregierung die dem deutschen Volk durch das Gebot der Selbstachtung vorgeschriebenen Entschlüsse zur Wahrung seiner Gleichberechtigung gelacht hat, ist es mir tiefempfundenes Bedürfnis, Sie, Herr Reichspräsident, im Namen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie des Dankes und des Gelöbnisses unverbrüchlicher Treue der gesamten deutschen Industrie zu versichern.“

Reichskanzler Adolf Hitler, Berlin:

„In Dankbarkeit, Verehrung und Treue bekenne ich mich rückhaltlos im Namen der im Reichshandels geeinten deutschen Industrie zu den Entschlüssen der von Ihnen, Herr Reichskanzler, geführten Reichsregierung. In der Einheitsfront aller schaffenden Stände steht die deutsche Industrie bedingungslos hinter dem Führer des deutschen Volkes. Niemand in der Welt kann bestreiten, daß nur die Anerkennung der Gleichberechtigung sich gegenseitig achtender Völker jenes Vertrauen schaffen kann, dessen alle Völker zur Ueberwindung der materiellen Not so dringend bedürfen. Sie weisen den Weg des Friedens und der Ehre. Auf dem vorgeschrittenen Wege folgt Ihnen in unbegrenzter Entschlossenheit inmitten der eigenen Nation die deutsche Industrie.“

Und die Saar?

„Es hat sich nichts geändert?“

Im Saargebiet hat der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eine gänzlich veränderte Lage geschaffen. Trennhänder des Saargebietes ist eine Völkerbundsregierung, die nunmehr mit neuen Weisungen der hinter ihr stehenden Mächte rechnen muß. Seit 1919 war die Rückkehr der Saar zum Reich noch nie so gefährdet wie heute, nachdem die Hitler-Regierung die Welt herausgefordert hat.

Alle diejenigen, die sich bereits mit Gleichschaltungsaktionen auf den Eingang ins „dritte Reich“ vorbereitet hatten, sind auf einmal sehr ängstlich und sehr unsicher geworden. Das zeigt ein Blick in die saarländische Presse. Ein paar Zitate:

„Saarbrücker Abendblatt“ (nationalsozialistisch): „Was aus dem Saargebiet wird, wissen wir nicht. Wir müssen abwarten, wie sich die Dinge jetzt entwickeln werden.“

Die „Saarbrücker Zeitung“ (gleichgeschaltet): „Es hat sich nichts geändert! Wenn man es für nötig hält, das erst festzustellen, dann hat sich meist sehr Vieles und sehr Wesentliches geändert.“

„Saarbrücker Landeszeitung“ (bis vor drei Tagen Zentrum): Solange Deutschland Mitglied des Völkerbundes und vor allem des Völkerbundsrates ist, wissen wir unsere Rechte und Sorgen als Saarländer in Genf in guten Händen. Sollte Deutschland tatsächlich sein Vorhaben verwirklichen, dann entsteht natürlich für das Saargebiet eine neue Lage —

Dokumente des 14. Oktober

Der Aufruf

Berlin, 14. Oktober.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Streben, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein unzulässiges Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staaten-gemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu Gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Ueberwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftlos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß konventioneller Nichtangriffspakte auf längere Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Renaissancen teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Überzeugung, daß die Jubiläumsgedächtnisfeier der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher einig in dem Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbunde auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserer Völker nicht mehr vorzuenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künstlichen Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Verfallener Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungs-wettlauf anderer Nationen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt,

diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Willigt das deutsche Volk die ihm vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

2. Die Auflösungs-Verordnung

Um dem deutschen Volk Gelegenheit zu bieten, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Der Reichspräsident:

gez. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler:

gez. Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern:

gez. Dr. Frick.

Auch die Länderparlamente aufgelöst

Der Reichsminister des Innern hat folgendes Telegramm an die Reichsstatthalter herausgegeben lassen:

Mit Auflösung des Reichstages sind nach § 11 des 1. Gleichschaltungsgesetzes auch die Volksvertretungen der Länder aufgelöst. Ersuche im Auftrage des Reichskanzlers von Anordnung einer Neuwahl gemäß § 1 Ziffer 2 des Reichsstatthaltergesetzes einstweilen abzusehen.

Neuwahl am 12. November

Auf Grund des § 6 des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 wird verordnet:

Die Hauptwahlen zum Reichstag finden am 12. November 1933 statt.

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Der Reichskanzler:

gez. Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern:

gez. Dr. Frick.

Neurath an Henderson

„Sieht sich daher gezwungen . . .“

Reichsminister des Auswärtigen Freiherr v. Neurath hat namens der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, folgendes Telegramm gerichtet:

Genf nach deutscher Meinung

Offizielle deutsche Stimmen

Genf, 16. Oktober. Die am Sonntag abgehaltenen Besprechungen der Hauptmächte fanden im Zeichen einer beträchtlichen Verlegenheit und Unentschiedenheit, aus der auch in den Mitteilungen gegenüber der Presse kein Geheimnis gemacht wurde. Einige Mächte, die sich von dem deutschen Vorwurf der Abrüstungsabotage getroffen fühlten, verlangten eine energische Antwort auf das Telegramm des Reichsaußenministers; besonders Sir John Simon befürwortete eine „scharfe und entschlossene“ Tonart gegenüber Deutschland. Schließlich einigte man sich jedoch, wie hier erklärt wurde, auf eine ziemlich gemäßigte Form der Beantwortung dessen, was man in französischen Kreisen seit vorgehens die „deutsche Auflage“ nennt.

Noch größer waren die Meinungsverschiedenheiten über die weitere Gestaltung der Abrüstungskonferenz. Der Plan einer eigenen Konvention ohne Deutschland ist stillschweigend fallen gelassen worden, weil viel dringendere Sorgen zu erörtern waren. Schon die Inzisierung der heutigen Sitzung des Hauptauschusses machte die größten Schwierigkeiten. Der englische Außenminister, der wiederum eine entschlossene Worte gegenüber Deutschland empfahl, drang nicht durch. Die realpolitische Auffassung Italiens, das keine Tür zugeschlagen und keine Brücke abgebrochen werden dürfe, weil man nicht ohne und noch viel weniger gegen Deutschland weiterarbeiten könne, hat sich nach allem Anschein schon am letzten Sonntag in hartem Maß geltend machen können. Es wurde nach endlosen Beratungen allgemein für das richtige gehalten, die Sitzung des Hauptauschusses, die aus formellen Gründen nicht mehr abgebrochen werden kann, so kurz und geräuschlos wie möglich zu ge-

halten. Der Hauptauschuss soll von den Vorgängen im Büro lediglich Kenntnis nehmen und sich sodann ohne grundsätzliche Aussprache möglichst bald auf eine Woche verlagern.

Die Idee einer Konferenz der Großmächte, also unter Beteiligung Deutschlands, die bekanntlich der italienischen Politik entspricht, ist heute noch nicht offiziell zu Sprache gebracht worden, hat aber unangefochten bereits eine erhebliche Rolle gespielt. Der amerikanische Vertreter hat sich in Privatgesprächen entschieden gegen die Beteiligung an einer Konferenz gewandt, wie Amerika überhaupt seit vorgehens die Tendenz zeigt, die Abrüstung als eine „in höchstem Maße europäische Angelegenheit“ zu betrachten. Andererseits ist hier bekannt, daß Macdonald im Gegensatz zu seinem hier weilenden Außenminister sich von einer Konferenz der Großmächte sehr viel verspricht, obwohl dieser Gedanke in England gegenwärtig außerordentlich unpopulär ist.

Sir John Simons abgereist

London, 16. Okt. Nach Informationen der „Times“ wird Sir John Simon heute noch an der Sitzung des allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz teilnehmen und dann sofort auf dem Luftwege nach London zurückkehren. Für morgen ist eine Besprechung mit Ministerpräsident Macdonald angesetzt. In Rabinettkreisen wird damit gerechnet, daß Sir John Simons Haltung in Genf im Parlament starke Zustimmung finden werde.

Der echte Hitler

Er schimpft und lügt

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers war fast in allen Partien ebenso wie seine Reichstagsrede vom 17. Mai, eine Verleugnung der primitiven Habseligkeit dieses Mannes. Überall merkte man die hemmenden und zuckenden Hände der hohen Bürokratie des Auswärtigen Amtes. Nur da, wo der Hah gegen die andersdenkenden Volksgenossen durchbrach, zeigte sich der echte, schimpfende und lügende Hitler.

Da spricht er die abgrundtiefe Verworfenheit aus, das heutige Deutschland habe nichts mit den befohlenen Landesverrätern des November 1918 gemein.

Da schwindelt er, in Deutschland habe sich eine Revolution vollzogen, die nicht wie die französische oder russische Revolutionen von Menschen abgeschafft, keine Geiseln mördere, die nicht, wie die Kommunisten in Paris oder die roten Revolutionen in Bayern und Ungarn Kulturbauten und Kunstwerke durch Petrolfeuer vernichtete sondern bei der im Gegenteil nicht ein einziges Schaufenster zerstört, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt wurde, verbreiten gewissenlose Heber eine Flut von Greneläugnerien, die nur verglichen werden können mit den von den gleichen Elementen fabrizierten Lügen zu Beginn des Krieges.

Da lügt er frech, in seinem Land der Welt werde Person und Eigentum mehr respektiert, als in Deutschland und nennt die Emigranten „verbrecherische Elemente mit niederen Instinkten, die unter der wirksamen Flagge des politischen Nihilismus die Gebiete ihrer mehr oder weniger großen wirtschaftlichen Strupellosigkeit räumen“.

Das ist der wirkliche Hitler, ohne jede Maske.

Das ist der deutsche Reichskanzler: ein Mensch, der glaubt, die ganze Welt anlügen zu können. Ein Mann, dem der Mut fehlt, zu den Taten zu stehen, die er gepredigt, vorbereitet, angeordnet hat: von den Judenprogrammen über die Pländerungen und Folterungen bis zum Mord.

Ein Staatsführer, der an die menschlichen Kräfte in den anderen Nationen appelliert, die er in Deutschland mit Kommissarsfeldern niedertreten läßt: an das gleiche Recht für alle. Ein Drömmeler, der Gott anruft, aber durch seine Taten ihn täglich lähert.

Wie die wilde Hah-Maske wiederum zeigt, hat der Reichskanzler eine Vorliebe für harte Worte, durch die man in der deutschen Sprache Schuzie kennzeichnet. Wir fühlen uns nicht getroffen, und die Welt sieht allzu deutlich den Hitler, der sich durch seine rednerischen Ausdehnungen selber schildert.

Wie stark und fühlbar muß unser antifaschistischer Gegenstoß, der eben erst beginnt, jetzt schon sein, wenn er den allmächtigen Führer des totalen Staates so aus dem Gleichgewicht wirft.

Und wie klein muß der deutsche Reichskanzler die fremden Staatsmänner, die ganze kultivierte Welt sehen, wenn er glaubt, allein die Emigranten hätten durch „Greneläugner“ eine solche Atmosphäre gegen Deutschland schaffen können.

Nein, Sie schimpfender Adolf Hitler, Ihr barbarischer Ungeist hat die Welt gegen Deutschland vergiftet, und unsere Arbeit ist, Deutschlands Ehre wiederherzustellen. Das ist freilich nur durch Ihre Vernichtung möglich. Diesem Ziele dienen wir um Deutschlands willen.

Dimitroff wieder in Front

Berlin, 16. Okt. Zur Montagverhandlung wird mit den übrigen Angeklagten auch der Angeklagte Dimitroff wieder vorgeführt.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung mit einer Verpöndung gegen 10 Uhr und läßt durch einen der beistehenden Richter zunächst das Protokoll der Verhandlungstage verlesen, die in Abwesenheit des Angeklagten Dimitroff stattgefunden haben. Dimitroff erhebt sich von seinem Platz

und beugt sich vor, um genau der Verlesung folgen zu können.

Der Verhandlungsbericht des Gerichtes enthält über das Ergebnis der Inauguralvernehmung genauere Angaben, als sie bisher in der Hauptverhandlung gemacht worden sind. Es wird darin festgestellt, daß der Zeuge Thaler die Möglichkeit zugegeben habe, daß er sich täuschte, wenn er glaube, daß zwei Mann durch das Restaurantfenster eingestiegen

seien. Auch der Schein durch die Milchglasfenster habe die Täuschung hervorrufen können, als wenn zwei Leute mit Feuerbränden hintereinander liefen. Schließlich ist die Angabe des Zeugen Bogul, daß er den Angeklagten Popoff aus dem Portal 2 habe flüchten sehen, sehr genau nachgeprüft worden. Popoff sei veranlaßt worden, in der vom Zeugen geschilderten Weise aus dem Portal 2 hinauszulaufen, die Tür zuzuschlagen und zu verschließen. Das Gericht habe bei dieser Probe festgestellt, daß man das Zuschlagen und Verschließen des Portals auf dem Gehsteig deutlich hören kann.

Vor Eintritt in die Verhandlung gibt Oberreichsanwalt Dr. Werner eine Erklärung ab, in der es heißt: Ich befinde ein Schreiben des Mitglied des Londoner Untersuchungs Ausschusses Hayes. Er schreibt darin, er habe es mir überliefert, daß ich bei verschiedenen Gelegenheiten die Feststellung getroffen habe, daß die Zeugen vor dem Londoner Untersuchungs Ausschuss unverlässlich sind oder lügen. Er habe dabei Bezug genommen auf meine Bemerkung in der Samstagsabende, daß ein Zeuge vor der Londoner Kommission auslauge, daß er um 11 Uhr nachts in der Brandnacht gesehen habe, daß erhebliche Mengen Brandmaterial aus dem Sitzungssaal entleert worden sind. Herr Hayes macht darauf aufmerksam, daß im amtlichen Bericht ebenfalls davon die Rede gewesen sei, daß Brandmaterial Verwendung gefunden habe, und er glaubt sich deshalb berechtigt, anzunehmen, daß meine Worte, daß der Zeuge die Unwahrheit gesagt habe, nicht richtig seien. Meines Erachtens ist dieser Vorhalt unlogisch. Ich habe nichts davon gesagt, ob Brandmaterial Verwendung gefunden hat oder nicht. Ich habe lediglich gesagt, daß der Zeuge die Feststellung nicht machen konnte, die er gemacht hat. Ich habe davon nichts zurückzunehmen.

„Delikat“

Lahusen-Geld für Hitler

Die deutsche Öffentlichkeit hat in der Erregung über die großen politischen Ereignisse gar nicht gemerkt, daß die Verichte über den großen Nordwolle-Lahusen-Prozess in Bremen seit einiger Zeit gänzlich ausgediehen waren. Man erfährt jetzt die Gründe dieses Schweigens. In den letzten Verhandlungen kamen nämlich die Gelder zur Sprache, mit denen die Lahusen's jahrelang die Hitlerbewegung subventionierten. Es wurde über die Direktionsbeiträge verhandelt, von denen Karl und Heinz Lahusen 30.000 und 20.000 Mark jährlich erhielten unter der angeblichen Bedingung, die Unterhaltungs-gelder für die politischen Parteien selbst zu erledigen. Die Brüder Lahusen erklärten, daß sie viel mehr Geld für diese Zwecke benötigt hätten. Näheres wollte er nicht sagen. Die Sache sei zu delikant. Schließlich gab er an, daß einmal die Deutschnationalen in Oldenburg 50.000 Mark erhalten hätten. Als von den Zahlungen nach München gesprochen wurde, gab Karl Lahusen offen zu, daß diese Gelder für die nationalsozialistische Partei verwandt worden sind.

Göring rüffelt die Fachausschüsse

Nachdem der preussische Ministerpräsident Göring erst vor einigen Tagen für die gesamte Polizei die Tätigkeit und Beteiligung an nationalsozialistischen Fachausschüssen verboten hatte, ist jetzt vom Ministerpräsidenten auch jeder Eingriff von Fachausschüssen in andere preussische Verwaltungszweige untersagt worden. Anlaß dazu bot eine Aneinanderreihung von Beamtenabteilungen der NSDAP. Gau Groß-Berlin, an sämtliche Fachausschüsseleiter des Gaus, sie sollten den Personalbestand ihrer Behörden daraufhin überprüfen, ob noch Beamte darunter seien, die für den nationalsozialistischen Staat untragbar seien und daher nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Dienst entfernt werden müßten, und sie sollten eine Auflistung darüber der Beamtenabteilung einreichen. In dem Erlass des preussischen Ministerpräsidenten heißt es wörtlich: „Ich verbiete hierdurch allen Beamten, als Fachausschüsseleiter oder als sonstige Amtswalter der Fachausschüsse, auf derartige Anordnungen hin Ermittlungen vorzunehmen und Berichte zu erstatten. Ich weise erneut darauf hin, daß die Fachausschüsse sich jeder Einmischung in Angelegenheiten der Staatsverwaltung zu enthalten haben und daß insbesondere die Behandlung und Beurteilung von Personalangelegenheiten, gleichviel welcher Art und zu welchem Zweck, ausschließlich Sache des Behördenleiters und der von ihm damit beauftragten Beamten ist.“

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pflü in Dudenweiler; für Anzeigen: Otto Kuhn in Saarbrücken, Postationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 2.

Internationale Damon-Schule
gegründet durch die „New Education Fellowship“
angeschlossen der „Internationalen Organisation für Neue Erziehung“

Montessori-Kinderhaus und Elementarklasse
(Kinder von 3 bis 8 Jahren)

Daltonplan:
Selbstverwaltung
Sprachen: spanisch, deutsch, englisch, französisch
Werkarbeit: Tischlerei, Druckerei
Musik und Gymnastik
Handelschule
Bachillerato (Abitur)

INTERNAT. NURSERY. EXTERNAT
ARZTLICHE MITARBEITER

Im schönsten Stadtteil von Barcelona gelegen!
Direktor:
D. RICARDO CRESPO y CRESPO
Ex. Int. des St. Christopher Training College,
Letchworth (England)
Mitgründer der spanischen Sektion der Liga für
Neue Erziehung

Auskunft und Anmeldung
Sekretariat Colegio Internacional Damon
Avenida Tibidabo 12,
BARCELONA (Spanien)

Achtung!
Verlagsanstalten!

Wir übernehmen
Allein-Vertrieb für Polen
für ausländische Zeitungen, Zeitschriften
Modejournale und Bücher. Seit Jahren
größtes Unternehmen am hiesigen Platz.
Erstklassige Referenzen.

Angebote unter Nr. 575/77 an die
„Deutsche Freiheit“ Saarbrücken erbet.

Tel. Trinité 43-13
Métro: Pigalle

Deutsche Poliklinik Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die allermodernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Wer
eine Liegenschaft, ein Geschäftshaus, eine Existenz
zu erwerben sucht
wende sich an
M. Blum-Klein, Basel
10 Innere, Margaretenstraße

Forderungseinziehung
in Deutschland
Handelsvertretung
Dr. jur. Karl Goldmann
chem. dtsch. Rechtsanwalt
BROSSEL
r.d. L'Enseignement 15-17
Rückporto. Besuchsanzahlung erbeten. (413-19)

Frau Vée,
erfahrene Lehrerin, gibt
französ. Stunden
an Amalinder. Mässige
Preise. Von 7 bis 8 Uhr,
außer Montag u. Donnerstags.
46, rue des Berges,
1. Stock, Metz Javal

inserteren bringt Gewinn!

Librairie „PROGRES“
66, Lg. rue du Vanneau
ANVERS — Tel. 276.98

Moderne deutsche Buchhandlung, Leihbibliothek, Zeitschriften und Zeitungsvertrieb
Vertrieb der „Deutschen Freiheit“ für Antwerpen und Annahme von Inseraten
„BRAUNBUCH“ vorrätig

Wegen der Aufnahme von Inseraten und der Annahme von Abonnements in Belgien wende man sich schriftlich an die

„Deutsche Freiheit“
Ausgabestelle: BRUXELLES XL
38, Rue d'Edimbourg
Deutsche Bücher werden schnellstens zu Originalpreisen geliefert!

Was tat die Feuerwehr beim Reichstagsbrand?

16. Verhandlungstag

Fortsetzung aus Nummer 100.

Die Leute von der Feuerwehr Es brannte schon lichterloh

Als nächster Zeuge wird der Brandmeister Klob, der dem 7. Feuerwehrgeschwader in Moabit angehört, vernommen. Der Vorsitzende betont, daß der Zeuge besonders bei seinen Aussagen auf die Zeiten achten möge. Brandmeister Klob gibt an, daß die Wache um 9.15 Uhr alarmiert wurde. Sein Zug sei mit allergrößter Beschleunigung zur Brandstelle gefahren, wo er nach etwa 4-6 Minuten eingetroffen sei. Ein anderer Löschzug sei schon vor dem Reichstag gewesen und bereits im Begriff, mit Leitern in die Fenster zu steigen. Der Zeuge ist dann zusammen mit 2 Feuerwehrleuten

durch Portal 5 zur Wandelhalle gestürzt. Kleine Brandherde an der Säule hat er sofort mit dem Löschhelm gelöscht. Er verlor dann, in den Plenarsaal zu kommen. Als er die Tür aufmachte, schlugen ihm starke Hitze und etwas Qualm entgegen. Im Hintergrunde sah er einen Feuerchein. Das sei um 9.24 Uhr gewesen. Den großen Feuerchein habe er aber nicht am Präsidententisch gesehen, sondern dieser Schein sei links oben von der Galerie gekommen. Auf Vorhalte des Vorsitzenden erklärt der Zeuge mit Bestimmtheit, daß in dieser Hinsicht keine Täuschung möglich sei. Er sei dann in die Wandelhalle zurückgelaufen, wo ihm auch schon andere Feuerwehrleute mit dem Schläuchen entgegenkamen. Der Zeuge behauptet, daß mit dem Spritzen um 9.26 bis 9.27 begonnen worden ist.

Der Vorsitzende stellt zusammenfassend fest, daß von einer Verzögerung der Löscharbeit keine Rede sein könne. Die Frage des Oberreichsanwalts, ob es um 9.27 Uhr schon sehr heiß gewesen sei, bejaht der Zeuge und erklärt, daß da die Wache schon so gewesen sei, daß nichts mehr zu retten gewesen sei.

Oberreichsanwalt: In London hat ein Zeuge gesagt, er habe um 11 Uhr nichts gesehen, daß eine ungeheure Menge von Zeitungen und Brandmaterial im Plenarsaal auf dem Boden gelegen habe, ebenso leicht entzündbare Flüssigkeit, und daß die Feuerwehr dieses Material aus dem Sitzungssaal in die Umgänge schlepte.

Zeuge: Das war unmöglich, der Saal war schon in hellen Flammen.

Auf das Fragen des RA. Teichert erklärt der Zeuge, daß die Feuerwehr glatte Fahrt hatte, es herrschte zwar Frost, es war aber kein Glätteis.

RA. Dr. Sad: Kurz vor 12 Uhr ist das Feuer fast gelöscht, kurz vor 1 Uhr erfolgt das Abdrücken der Wache, vierzüge bleiben zurück. Ist es da überhaupt möglich, daß während dieser Zeit irgendein Journalist in der Lage war, in den Plenarsaal hineinzugehen und bestimmte Beobachtungen zu machen?

Zeuge: Es dürfte kein Journalist hinein, denn die Träger waren heruntergestürzt und es bestand Lebensgefahr.

Dr. Sad: Die Zeugnisaussage in London ist damit als absolut einwandfrei widerlegt, und als objektiv unrichtig festgestellt.

Der Alarm

Als nächster Zeuge wird der Brandmeister Wald von der Feuerwache Moabit 7 vernommen. Er bekundet, der Zug sei gleich nach dem Alarm mit größtmöglicher Geschwindigkeit zum Reichstag gefahren. Der Zeuge hat den Brandmeister Klob in der Wandelhalle getroffen. Klob sagte: „Sorgen Sie für schnelle Schlauchlegung, wir werden allein nicht fertig!“ Ich ließ daraufhin, so fährt der Zeuge fort, sämtlichen Alarm geben. Als der damit beauftragte Beamte die telefonische Verbindung noch nicht erlangt hatte, rief ein Polizeibeamter uns zu: „Es brennt ja an allen Ecken, sorgen Sie für verkürzten Alarm!“

Brandmeister Wald fortfahrend: Darauf ließ ich den 10. Alarm geben, der auch sofort durchgegeben wurde. Ich habe nachher festgestellt, daß dieser Alarmbeleg um 9.22 Uhr auf der Wache eingegangen war. Auf die Frage des Oberreichsanwalts erklärt auch der Zeuge Wald, daß es ganz unmöglich gewesen sei, gegen 11 Uhr nichts Brandmaterial aus dem Sitzungssaal herauszuschaffen. Oberreichsanwalt Dr. Werner: Auf deutsch ausgedrückt, wenn ein Mensch behauptet, daß um 11 Uhr nichts dergleichen geschehen sei, wie es in London angegeben wurde, dann hat er glatt gelogen? — Zeuge Wald: Nach meiner Meinung ja! — Reichsanwalt Parrissius: Haben Sie irgendwelche

SA- oder SS-Abteilungen im Reichstage gesehen?

Im Braundbuch heißt es, daß schon die Feuerwehr am Brandherd war, sich eine etwa 20 Mann starke SA-Abteilung dort befunden haben soll. Haben Sie irgendwas davon gesehen? — Zeuge: Ich habe keinen SA- oder SS-Mann gesehen. — Reichsanwalt Parrissius: Auch das ist also eine glatte Lüge? — Zeuge Wald: Ja!

Der Vorsitzende legt nun eine Verhandlungspause ein. Vorher bittet RA. Dr. Teichert, in der Pause über seinen Antrag zu entscheiden, daß Dimitroff von Montag ab wieder zur Verhandlung zugelassen werde.

Der Zeuge weiß von nichts

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt der Vorsitzende den Senatsbeschluss mit, Dimitroff von Montag ab zur Hauptverhandlung wieder zuzulassen. — Als Zeuge wird dann Oberbrandmeister Puhle vernommen. Der Zeuge gehört zu dem Zug der Feuerwehr, der zuerst im Reichstage war. Puhle gibt an, sein Zug sei 9.14 Uhr alarmiert worden. Die Fahrt zum Reichstage habe vier Minuten gedauert. Wie die vorhergehenden Zeugen erklärt auch Oberbrandmeister Puhle, es sei ganz unmöglich gewesen, daß gegen 11 Uhr nichts aus dem brennenden Sitzungssaal Brandstiftungsmaterial hätte herausgeschafft werden können. SA- oder SS-Formationen seien nicht im Reichstage gewesen. — RA. Dr. Sad weist auf einen Bericht des Braundbuches hin, daß Oberbranddirektor Gempff in einer Besprechung nach dem Brande gesagt haben sollte, die Feuerwehr sei viel zu spät alarmiert worden. Er soll sich ferner darüber beklagt haben, daß der preussische Innenminister Göring ihm ausdrücklich verboten habe, sofort die höchste Alarmstufe zu geben. Der Zeuge bezeichnet diese Behauptungen des Braundbuches mit allem Nachdruck als Lügen. Eine Besprechung wie sie Gempff nach dem Reichstagsbrande veranstaltet habe, sei nach jedem großen Brande üblich gewesen. Auch die Behauptung, Gempff habe in der Besprechung gesagt, es sei von ihm verlangt worden, Veränderungen im Protokoll anzubringen, erklärt der Zeuge für unwahr.

Gempff sagt aus

Einer, der etwas zu fürchten hat

Es folgte nunmehr die Zeugenvernehmung des Feuerwehr-Oberbranddirektors Gempff. Auch er erklärte zu den dem vorigen Zeugen vorgelegten Behauptungen,

daß er weder SA, bei seinem Eintreffen gesehen, noch Brandmaterial in großen Mengen beobachtet habe. Etwa eine Viertelstunde nach seinem Eintreffen sei er auf dem am Brandort erschienenen Ministerpräsidenten Göring zugegangen, um ihm Meldung zu erstatten. Der Ministerpräsident habe als einzige Frage an ihn gerichtet, ob er Gempff, den Reichstagsdirektor Halle gesehen hätte.

Er habe dann weiter gefragt, ob der Ministerpräsident noch Befehle für ihn hätte. Ministerpräsident Göring habe jedoch erwidert: Lassen Sie sich nur nicht führen, Sie haben die Verantwortung.

Auf weitere Fragen bekundet der Zeuge Gempff, daß Ministerpräsident Göring am Brandort eingetroffen sei, als die Feuerwehr längst in Tätigkeit war. Bei der Besprechung am nächsten Tage habe es sich um eine der üblichen Besprechungen gehandelt, in denen Erfahrungen ausgetauscht und auch Kritik geübt wurde. Die Behauptung, er habe vom Ministerpräsidenten oder sonst einer vorgelegten Stelle Anweisung erhalten, nicht zu schnell vorzugehen, bezeichnete der Zeuge „als vollständigen Unsinn“.

Auf die Frage des Oberreichsanwalts, was er überhaupt an Brandmaterial bemerkt habe, erwidert der Zeuge Gempff:

Nichts Besonderes.

Ich habe lediglich eine Fackel gesehen, die unter einem Klüßchen in der Wandelhalle lag, ferner Spuren von flüssigem Brandmaterial im Vorsaal des Reichstages. Oberreichsanwalt: Das war im Bismarck-Saal, wo auf dem Teppich eine etwa halbkreisförmige Spur zu sehen war, die Sie, wie ich jetzt höre, als Spur von ausgegossenem flüssigem Brandmaterial angesehen haben. Der Zeuge bejaht das und erklärt auf eine Frage, daß er dem Geruch nach angenommen habe, es sei Benzin oder Benzol gewesen. Die Frage eines Sachverständigen, ob der Geruch der Flüssigkeit vielleicht dem von laufendem Koffel geblieben habe, kann der Zeuge mit Bestimmtheit nicht beantworten. Die vom Oberreichsanwalt angeführte Möglichkeit, daß die Fackel im Klüßchen von der Feuerwehr herüber, hält der Zeuge für ausgeschlossen.

Er hat nichts beobachtet

Oberreichsanwalt: Am Braundbuch wird gesagt, aus den angeblichen Anordnungen des Ministerpräsidenten Göring habe sich ergeben, daß man dort an der Aus-

Die Kletterkomödie und andere Geschichten

Der vergessene Heizungsgang

Die Bedeutung der angeblichen Rekonstruktion der Brandstiftung von der Lubbes lag darin, die Wahrheit der Angaben der zwei Zeugen zu erproben, die den Brand zuerst entdeckt haben wollen. Die ausländischen Journalisten konnten von dieser merkwürdigen Rekonstruktion nichts sehen und hören. Ein siebenfacher Polizeikommandant hielt sie streng von einer zu nahen Beobachtung des Volatierens ab. Das ganze vollzog sich also ohne jede Kontrolle der Öffentlichkeit. Warum? Nun, die Erklärung dafür ist nicht so schwer zu finden, wie die Leipziger Richter meinen. Diese Komödie wird keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß die Brandstiftung sich ganz anders abgespielt hat. Glauben die Herren Richter von Leipzig, die Welt sei so vergehlich, daß sich niemand mehr des Heizungsganges erinnert, der den Reichstag mit dem von Göring bewohnten Reichstagspräsidentenpalais verbindet? Der unglückliche Deutschnationaler Oberlehrer hat sein Leben dafür lassen müssen, weil er aus sprach: „Durch diesen Gang kamen die wahren Brandstifter und Helfershelfer der Lubbes zur Brandlegung und durch ihn lehrten sie unbeobachtet zurück.“ Das ist die wahre Ursache, warum die Herren Richter die ausländischen Journalisten systematisch von einer genauen Beobachtung der angeblichen Rekonstruktion abschlossen. Auch dieser Trick wird dem Reichsgericht nicht helfen, die Öffentlichkeit der Welt wird sich nicht täuschen lassen.

Das Verteidigungskomitee für den Reichstagsbrandprozeß hat folgendes Telegramm an das Reichsgericht gerichtet:

„Mitglieder von der Lubbes durch Heizungsgang vom Reichstag zum Reichstagspräsidentenpalais entkommen. Ersuchen um Ortbesichtigung in Gegenwart der ausländischen Journalisten. Zur Wahrheitsermittlung müßte ein unabhängiges Gericht diesem Fingerzeig nachgehen.“

Verteidigungskomitee für den Reichstagsbrandprozeß.

Für ärztliche Untersuchung von der Lubbes

Das Verteidigungskomitee für den Reichstagsbrandprozeß hat bekanntlich Herrn Dr. Seuffert, dem Offizialverteidiger von der Lubbes, das Angebot zweier angelegener Schweizer Psychiater zugeleitet, von der Lubbes Gesundheitszustand zu untersuchen. Herr Dr. Seuffert hat bekanntlich für dieses Angebot nur Schimpfworte übrig gehabt. Wie notwendig aber eine solche sachliche und objektive Untersuchung von der Lubbes ist, unterstreicht die „Neue Züricher Zeitung“ vom 12. Oktober mit folgenden Worten:

Göring verweigert die Annahme

Paris, 15. Okt. (Zurpreß.) Von dem Offizialverteidiger von der Lubbes, Rechtsanwalt Seuffert, erhielt das Internationale Büro zum Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus einen Brief, in dem Seuffert um Zulassung der Groschüre bat, die das meisterhafte Plaidoyer des französischen Advokaten Moro-Giafferi gegen den Brandstifter Göring enthält.

Das Internationale Büro hat daraufhin die Groschüre kostenlos allen Richtern und Rechtsanwälten beim Reichsgericht, sowie den preussischen und Reichsministern zugesandt. Der einzige, der die Annahme verweigerte, war — Göring.

Angst vor der Wahrheit

(Zurpreß.) Der Polizeipräsident von Breslau stellt fest, daß sich die Fälle häufen, in denen an der Öffentlichkeit zugänglichen Orten Radiomissionen mit Lautsprechern auf ausländische Stationen eingestellt werden, die „Hegenschichten“ über die Reichsregierung und die NSDAP verbreiten. Besonders würden hierbei die Wiener, die Straßburger und die deutschsprachigen Sendungen des Rostocker Senders bevorzugt. Die vom Rostocker Sender betriebene Propagandafähigkeit werde heute von zahlreichen kommunistisch eingestellten Gastwirtschaften als Hilfsmittel bei der Werberarbeit benutzt. Derartigen Betrieben würde die Gewerbebescheinigung entzogen, der Betrieb würde geschlossen, und die Inhaber würden einem Konzentrationslager zugeführt.

dehnung des Brandes, nicht dagegen an seiner Eindämmung interessiert gewesen sei. Haben Sie irgendeine Beobachtung gemacht, daß von irgendeiner Stelle aus Maßnahmen getroffen oder Anweisungen erteilt sind, die dahin auswirken würden? Zeuge: Nein, nicht das geringste. Oberreichsanwalt: Sie haben zu den Pressemeldungen über Ihre angeblichen Anweisungen später ein Dementi veröffentlicht, am 18. Juni. Im Braundbuch wird behauptet, daß dieses Dementi

unter irgendeinem Druck gegen Sie zustande gekommen sei.

— Zeuge: Von niemand! — Oberreichsanwalt: Auch nicht von Ministerpräsident Göring? — Zeuge: Nein! — Oberreichsanwalt: Weiter wird in der Presse behauptet, daß Sie zum heutigen Termin aus der Haft vorgeführt worden seien. Sind Sie irgendwo in Haft gewesen, oder ist irgendeine Maßnahme gegen Sie in Beziehung auf diesen Brand verhängt worden. — Zeuge: Nein! — RA. Dr. Teichert: Außer den Ihnen schon vorgehaltenen Mitteilungen in der Auslandspresse ist u. a. auch behauptet worden, Sie hätten in der Verhandlung vom 28. Februar nach dem Brande erklärt, man habe von Ihnen verlangt, daß Sie Veränderungen in dem Protokoll vornähmen. Ist diese Behauptung wahr oder unwahr? — Zeuge Gempff: Das muß ich für glatten Unsinn erklären. — RA. Dr. Teichert:

Kennen Sie einen gewissen Ahrend?

— Zeuge: Er ist Dezerent des Feuerlöschwesens gewesen. Er ist jetzt entlassen, wohnt aber meines Wissens noch in Berlin. Er war Mitglied der SPD. — Dr. Teichert: Von ihm sollen diese Behauptungen stammen. Wenn er hier in Berlin ist, behalte ich mir vor, ihn als Zeugen zu benennen. Vorsitzender: Können Sie zusammenfassend erklären, daß die Ihnen vorgehaltenen Meldungen falsch und unwahr waren? — Zeuge: Ja, sie sind falsch und unwahr. — Vorsitzender: Das nehmen Sie auf Ihren Eid, im vollen Bewußtsein, daß diese Bekundung sehr wichtig ist? Zeuge Gempff: Jamohl!

RA. Dr. Teichert: Wenn Ahrend in Berlin ist, beantrage ich, ihn in der nächsten Sitzung als Zeugen zu vernehmen. — Vorsitzender: Wir werden über diesen und die anderen Anträge später entscheiden.

Dr. Sad: Ich habe mich bereits gewundert, Herr Zeuge Gempff, daß Sie noch leben. Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gemacht, daß man beachtlich hat, Sie hinterrücks zu ermorden? — Zeuge: Nein!

Die Weiterverhandlung wird dann auf Montag vertagt.

Die Kletterkomödie und andere Geschichten

„Es bedürfte eines gewiegten Psychiaters, um nach geüblicher in täglichem Verkehr geübter Beobachtung außerhalb des Gefängnisses zur Lösung des Rätsels zu kommen.“

Solange das Reichsgericht die Zuziehung international anerkannter medizinischer Autoritäten zur Untersuchung des Gesundheitszustandes von der Lubbes verweigert, wird die Öffentlichkeit der Welt nicht von der Meinung abzubringen sein, daß von der Lubbes bewußt künstlich in seinen derzeitigen Zustand versetzt worden ist.

Ein berechtigter Ankläger

Warum Dimitroff ausgeschlossen wurde? Nun, die deutsche Presse gibt auf diesen Gewaltakt des Reichsgerichts eine deutliche Antwort:

„Es macht ihm nichts aus,“ so schreibt die „Neue Leipziger Zeitung“ vom 12. Oktober, „wenn er einmal aus dem Saal verwiesen wird. Er ist überzeugt, daß es nie an Zeugen fehlen wird, die gerade darin einen neuen Beweis sehen, in dem unbehaglichen Frager einen berechtigten Ankläger zu erblicken.“

Zunischer kann der wahre Grund für den Ausschluß Dimitroffs aus der Sitzung nicht angegeben werden. Seine Fragen sind unbequem. Er stellt immer und immer wieder dieselbe entscheidende Frage, vor der das Gericht und die deutsche Regierung zittern: Wir, die angeklagten Kommunisten, sind unschuldig. Wer also sind die wirklichen Helfershelfer und Instrukteure der Brandstiftung gewesen?

Leipziger Allerlei

In dem Riesenmaterial des Leipziger Prozesses gehen täglich viele Dinge unter, die Anspruch auf größtes Interesse der Öffentlichkeit haben. Wir tragen hier einige bezeichnende Einzelheiten nach.

Der Zeuge Thaler sagt nach der „Kölnischen Zeitung“: „Als das Ueberfallkommando kam, hörte ich, wie der Polizeioffizier zu seinen Leuten sagte: es ist 9 Uhr 17. Bald danach kam auch die Feuerwehr. Sie stieg ein und löschte den Brand. Dann fuhr sie wieder weg, und die Leute, die umher standen, gingen auch alle. Ich selbst drehte mich bei der Siegessäule noch einmal um und sah nun, daß es in der Kuppel flackerte. Ich ließ gleich zurück und rief der Feuerwehr zu, daß es drinnen noch brenne.“ Der Zeuge Polizeileutnant Vaittel seinerseits sagt aus, er habe bei seinem Eindringen in den Reichstag nichts von einem Brande im Plenarsaal bemerkt. Wer also hat in der Zwischenzeit den Plenarsaal angezündet?

Deutsche Pressekulls

Als die Juristen in Leipzig „angetreten“ waren

In dem englischen Blatte „News Chronicle“ wird berichtet:

„Es hat kaum in moderner Zeit eine so angensällige Kombination von richterlicher, wissenschaftlicher und militärischer Schaukelung gegeben, mit harter Betonung des Militarismus. Es war ein Glück, daß Dillers Rede von seiner großen Bedeutung war, sonst wäre es notwendig gewesen sie auswendig zu lernen; denn den Presseleuten war es verboten, Notizen zu machen. Das ist sicherlich die Höhe von Zeitungskontrolle! Es ist das erstmal in meiner sehr bewegten Berufslebensbahn, daß ich Reporter kennen lernte, denen gesagt wurde, sie sollten nicht über die Hauptrede bei einer großen öffentlichen Versammlung berichten, diesmal sogar über die Rede eines Staatsberhauptes.“

Demonstration in Berlin

Berlin, 15. Okt. (Zurpreß.) An drei verschiedenen Stellen im Osten Berlins demonstrierten in den letzten Tagen nachmittags zwischen 5.30 und 7 Uhr Arbeiter unter Abstützen der Internationale und Niederrufen auf die Hitler-Regierung. Die Polizei, in Gemeinschaft mit SA, griff in rücksichtslosster Weise ein und verhaftete 30 Arbeiter. Die Demonstranten wurden zum Teil gleich auf der Straße derart mißhandelt, daß fünf von ihnen sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Das Blut- und Schafottgesetz

Unter der Ueberschrift „Zur Gewährleistung des Rechtsfriedens“

Im Reichsgesetzblatt ist nunmehr das „Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens“ veröffentlicht worden, dem die Reichsregierung in ihrer letzten Kabinettsitzung zugestimmt hat. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1

1) Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwere Strafe angedroht ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren wird bestraft:

1. wer es unternimmt, einen Richter oder einen Staatsanwalt oder einen Mitglied der politischen, Kriminal-, Bahn-, Forst-, Zoll-, Schutz- oder Sicherheitspolizei betrauten Beamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht oder der Sturmabteilungen (einschließlich des Stahlhelms) oder der Schutzstaffeln der NSDAP, einen Amtswalter der NSDAP, oder einen Angehörigen des deutschen Luftsportverbandes aus politischen Beweggründen oder wegen ihrer amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit zu töten, oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

2. wer es unternimmt, einem Schöffen oder Geschworenen wegen seiner Tätigkeit als Schöffe oder Geschworener oder einem Zeugen oder Sachverständigen wegen einer von ihm in Erfüllung seiner Zeugen- oder Sachverständigenpflicht gemachten Bekundung zu töten, oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;

3. wer im Ausland eine Druckschrift, durch die der Tatbestand des Hochverrats (Paragrafen 81 bis 88

des Strafgesetzbuches) begründet wird, hergestellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung bereitstellt oder sonst ein Verbrechen des Hochverrats begeht;

4. wer es unternimmt, eine der in Nr. 3 bezeichneten Druckschriften in Kenntnis ihres hochverräterischen Inhalts zum Zwecke der Verbreitung in das Inland einzuführen, oder wer eine solche Druckschrift nach ihrer Einführung im Inland verbreitet oder wer sonst ein im Ausland begangenes Verbrechen des Hochverrats im Inland fördert.

(2) Die Vorschriften des § 86a des Strafgesetzbuches über Einzilehung und Unbrauchbarmachung finden entsprechende Anwendung.

§ 2

Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer es unternimmt, in das Inland in der Absicht der Verbreitung zu staatsgefährdenden Zwecken eine Druckschrift einzuführen, durch die der äußere Tatbestand

1. eines nach dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 strafbaren Verbrechens oder 2. einer nach den Paragrafen 110 bis 112 des Strafgesetzbuches strafbaren Aufforderung oder Anreizung oder

3. einer nach § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 185) strafbaren Lagemeldung begründet wird.

§ 3

Für die in den Paragrafen 1 und 2 bezeichneten Straftaten sind die nach der Verordnung der Reichsregierung vom 21. März 1933 gebildeten Sondergerichte zuständig, soweit nicht die Zuständigkeit des Reichsgerichts oder der Oberlandesgerichte begründet ist.

Deutsche in der Tschechoslowakei

Erfahrungen einer Reise

Ein Deutscher schreibt uns aus St. Gallen: Gestatten Sie mir zu Ihrem Artikel in Nr. 99 „Hitler in der Tschechoslowakei“ einige Ausführungen. Ich machte im letzten Sommer eine mehrwöchentliche Tour als Tourist durch dieses Land und habe Land und Leute gut beobachtet. Meine Beobachtungen decken sich restlos mit dem, was in dem Artikel stand. Ich reiste allerdings nicht durch die Slowakei, sondern nur durch deutsches und böhmisches Gebiet, nachdem der Besuch des österreichischen Brudervolkes verboten war.

Zunächst kam ich mit einem Sack voll Vorurteilen. Ich nahm an, alles Deutschtum sei grausam unterdrückt, Südtirol bei weitem übertroffen, alles mit Gewalt tschechisiert, die Bevölkerung grausam verfolgt, der Fremde auf Schritt und Tritt überwacht, jedes Wort beipflichtet. Doch nichts von allem! An der Grenze das übliche Grenzpersonal, keine SA und SS, wie im dritten Reich. Kulante Grenzbehandlung. In den Orten (soweit nur über 20 Prozent Deutsche) deutsche und tschechische Aufschriften. Jedermann sprach deutsch, sogar in ganz tschechischen Gegenden, von Prag nicht zu reden. Die Behörden aller Art gaben den Fremden bereitwilligste Auskunft, wiesen die Wege und kamen auf das Angenehme entgegen. Von Schikane keine Spur!

In Deutschland war gerade die Jugendbewegung gleichgültig, umso mehr war ich überrascht, im ganzen Staate eine blühende Jugendbewegung wie vordem bei uns vorzufinden. Ein Netz von zum Teil blendend eingerichteten Jugendherbergen (Reichshergen) zog sich durch das Land, die der ganzen Jugend ohne Unterschied des Glaubens und der Klasse zur Verfügung stehen und die oft mit erheblichen öffentlichen Mitteln subventioniert werden.

Bahnernährung für die ganze Jugend. Nur die Hitler-Jugend war verboten. Der ganze keine Fahrtenbetrieb, wie vor dem dritten Reich, ging vom Staate ungehindert, von staaten. Auch die kulturellen Einrichtungen der Erwachsenen bestanden, wie der Böhmischerwaldbund. Das Deutsche Theater in Prag usw. erhielt vom Staat Zuschüsse! Die deutsche Sprache war 2. Staatssprache, und man fand zahlreiche deutsche Höhere und niedere Beamte von Ministern abwärts, Professoren, Richter, aber auch zahlreiche Lehrer aller Kategorien. Es gibt ein blühendes deutsches Schulwesen auf hoher Stufe. Von der deutschen Universität in Prag ab bis zu den vielen Mittel- und Volksschulen im ganzen Lande waren deutsche Schulen mit deutschen Lehrkräften und deutschen Schülern vertreten.

Die Anstellungsverhältnisse waren nicht einmal schlecht. Mir erzählte persönlich ein junger Anwärter, der im Sommer maturiert hatte, er habe seine Anstellung in diesem Herbst verprochen, während bei uns jahrelanges Warten vorausgeht, allerdings unterbrochen durch SA-Dienst der Lehrer bis 35 Jahre! Stannenswertes wurde auch an Kunst, Kultur (im Böhmischerwald erstklassige Strassen), Bauten in Gemeinden geleistet. Es gab aber auch eine große Zahl deutscher Zeitungen, die oft starke Kritik an der Regierung übten, unbeeinträchtigt durch staatliche Zensurmaßnahmen. Jahrelang brachte die Nazipresse die allerhöchste Tonart zur Geltung, ohne daß der Staat dagegen einschritt. Erst jetzt beginnt es!

Die Tschechoslowakei erschien mir im Vergleich zum dritten Reich als Paradies! Kein Konzentrationslager, keine grundlose Verhaftung. Die Menschenrechte werden geachtet. Mit Recht sprach Benesch u. a. bei der Völkerbundstagung in Genf von einem „weitgehenden Schutze der Minderheiten“. Im krassen Gegensatz zu dieser wahren Toleranz steht das Verhalten weiter deutscher Kreise, besonders in den Grenzgebieten.

Man ist massenhaft der Hitler-Verheerung verfallen und läßt die Weltwirtschaftskrise ganz für sich auf die „Tschechen“ zurück, erwartet das Heil vom großen Volk!

Man spricht ganz offen vom Hinüberlaufen beim ersten Konflikt. Es sind an den nur oft zu schwach bewachten Grenzen schon viele Leute hinüber. Lehrer, hohe und höchste „deutsche“ Beamte machen aus ihrer Nazigezinnung kein Hehl und schimpfen unheimlich über den Staat, der sie in der vorurteilsoffenen Art anstellt und behandelt. Sie sprechen beim Fremden offen über ihre Pläne und Schichten nach dem „dritten Reich“, daß die elementarsten Rechte seiner Beamten mit Füßen tritt. Nur zu lange haben die Behörden untätig zugehört. Die Güte des wahrhaft großzügigen und gelehrten Präsidenten Masaryk und seiner vorurteilsfreien Regierung wird einfach in den Wind geschla-

gen und nicht geachtet. Sie sollten nur einmal ein „drittes Reich“ mitemachen, da würden sie ihre Wunder erleben, wenn es zu spät ist!

Als besonders wütende Nazi-Agitatoren „dabei“ zeigen sich auch die Studenten der Hochschulen. Sie können ruhig wie sonst ihr Burleskum pflegen, Anzeigen, Mensuren schlagen und Kommerse feiern, brauchen keinen Wehrsport, keine Arbeitsdienstpflicht, betreiben und können es doch kaum erwarten, als rauhe Kämpfer in das „dritte Reich“ eingereiht zu werden.

Man steht da vor einem Rätsel: Auf der einen Seite ein moderner großstädtischer Kulturstaat, wie nur irgendwie, auf der anderen Seite ein „drittes Reich“, das in der ganzen Welt verachtet und verachtet ist, und doch entscheidet sich ein großer Teil der Deutschen eben dieses Staates für ein „drittes Reich“, das er nicht näher kennt.

Ein nichtgleichgültiger Deutscher.

Wird die Tschechoslowakei ihre Stellung als Kulturstaat weiterhin behaupten — das zeigt auch ihre ganze Behandlung der Emigranten im Lande — und weiterhin ein Ort der Freiheit bleiben, so kann sie alle diese Dinge nicht ernst genug ansehen und danach handeln. Sie ist, wie Österreich auch ein Opfer der Barbarei. Wählt auch sie, so zieht sie unaufrichtig die braune Schlammflut auch über sie und vernichtet wahre Kultur auf Jahrhunderte.

Es gibt übrigens außer Nazi und Sozi von Parteien noch die christlich-sozialen Partei der Katholiken, die unter den Deutschen nicht unbedeutend vertreten ist und sich loyal dem Staate gegenüber verhält.

Carl Schurz

Man schreibt uns: Die deutschen Zeitungen berichten von einer deutsch-amerikanischen Erinnerungsfest der Carl-Schurz-Gesellschaft in Berlin, auf der auch der Reichsminister Goebbels für richtig befand, das Wort zu ergreifen. Er apostrophierte die Deutsch-Amerikaner folgendermaßen: „Sie, die alle Eigenarten Ihres Volkes kennen und lieben, sind immer gegen tendenziöse Grenzmeinungen interessierter Kreise. In Ihnen wird Deutschland die treuesten Verfechter finden.“ Zum Schluß gedachte er besonders der Deutschen, die sich um den Aufbau der Vereinigten Staaten große Verdienste erworben haben, unter ihnen Carl Schurz.

Dieser, ein alter (d. h. damals junger) Achtundvierziger, wird sich bei dieser lobenden Erwähnung aus prominentem Nazi-Rund wohl im Grade herumgedreht und auch ins Nächtliche gelacht haben, weil er glücklicherweise schon viele Jahrzehnte sicher im Sarge liegt. Lebte er heute — der Herr Reichsminister und Genossen hätten zweifellos längst dafür gesorgt, daß er im Konzentrationslager säße — wenn es ihm nicht, wie im Jahre 48, gelungen wäre, zu fliehen. Und wäre es ihm gelungen und wäre er nicht etwa „auf der Flucht“ erschossen worden — Herr Goebbels würde ihn als Landesverräter, Grenzverweigerer, Verbreiter, Marxist, Unteremsel, Deber lässlicher Sorte“ usw. beschimpfen.

Herr Goebbels schämt sich nicht, den Achtundvierziger mit Stolz zu nennen, trotzdem die Ideale der Humanität, der Demokratie, der Menschenrechte, für die Carl Schurz begeistert kämpfte und litt, vom „dritten Reich“ kühnlich in Wort und Tat geschmäht, beschimpft und mit allen Waffen bekämpft werden. Vielleicht weiß Herr Goebbels nicht, wer Carl Schurz war. Wir wollen es zu seiner Entschuldigung annehmen. Die eigentliche Weltgeschichte beginnt ja wohl auch erst mit dem 5. März 1933 oder etwa mit dem 27. Februar?

Ein Jahr Gefängnis!

Für einen Brief der Mutter an die Tochter

Vor dem Sondergericht hatte sich die 40 Jahre alte verheiratete Gewerkschaftsbeamtenfrau Hülgel aus Amberg (Ostf.) wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten zu verantworten, die geeignet sind, die Regierung verächtlich zu machen und herabzusetzen. Die Angeklagte hatte an ihre Tochter in Neu Vexen einen Brief geschickt mit falschen Schilderungen über die politischen Zustände in Deutschland, speziell in Amberg. Ferner erwähnte sie, man müsse vorsichtig sein, weil die Zensur zu befürchten sei. Der Brief wurde durch den Sonderkommissar in Amberg aufgefangen, der die Verhaftung der Frau veranlaßte. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts erkannte das Gericht auf eine Strafe von einem Jahr Gefängnis.

Der nationale Eid

Aus dem Lande der Richter und Henker

Es ist kein Geheimnis, daß im „dritten Reich“ derjenige, der den Rindspalten nahegekommen hat oder Jude ist und das Unglück hat, mit dem gleichgeschalteten Strafrichter in Berührung zu kommen, verloren ist. Weilenfalls wird er freigesprochen und — in ein Konzentrationslager überführt. Viele Tugendbeweise haben wir dafür gebracht. Sie liegen sich täglich vermehren.

Viel schwieriger aber ist es, den Beweis dafür zu erbringen, daß auch in der Zivilgerichtsbarkeit gegen die dem Regime nicht genehmen Personen parteiische Urteile gefällt werden. Da das Verfahren durchweg schriftlich geführt wird, verfinstert alles in den Akten, gegen die formaljuristisch nie etwas einzuwenden sein wird. Es geht aber auch so, wie der nachstehende Aktenauszug beweist.

Eine jüdische Firma hatte einen Abnehmer in Köln auf Zahlung einer größeren Summe verklagt. Der Beklagte war der Inhaber einer „rein arischen“ Firma und im Hauptberuf SS-Mann. Diese Art des ererbaren deutschen Kaufmannsstandes behauptete, er habe von dem Prokuristen des Beklagten einen Freischnab von 15 Prozent erhalten. Nun wäre der Fall durch die Vernehmung des Prokuristen sehr einfach aufzuklären gewesen, wenn dieser nicht im März 1933 aus politischen Gründen hätte flüchten müssen.

Der Rechtsanwalt des Klägers beantragte nunmehr, den Prokuristen als Zeugen zu vernehmen und ihm für die Fahrt sicheres Geleit zu bewilligen. Vorvorglich gabte er 500 RM für Zeugengebühren usw. sofort bei der Gerichtskasse ein.

Vorher solch ein Herr Justizminister in Preußen war, hätte die Kammer ohne weiteres über den Antrag entschieden, der, da es auf die Aussage des Zeugen allein ankam, genehmigt worden wäre. Heute aber sieht die Sache so aus:

Auf der Rückseite des Antrags befinden sich folgende Aktenvermerke:

1.) UR m. N. B. 8. 7. 33.
dem Herrn Polizeipräsidenten Köln.

Unter Bezugnahme auf den umseitigen Antrag des Klägers wird erg. um Stellungnahme gebeten. Weiterhin dort Bedenken gegen Erteilung des sicheren Geleites? 2.) Nach 2 Wochen.
(Unterschrift)
Der Polizeipräsident Köln, 14. 7. 1933.

IA
II m. N.
dem Herrn Präsidenten des Landgerichts hier.

Wegen der Erteilung des sicheren Geleites an P. ... habe ich erhebliche Bedenken. R. müßte beim Grenzübertritt in Schutzhaft genommen werden. Ich gebe anheim, zu erwägen, ob die von dem Beklagten, der hier als zuverlässiger nationaler Geschäftsmann bekannt ist, in Bl. 5-7 d. A. gegebene Sachdarstellung nicht ausreichend erscheint.
(Unterschrift.)

Und nun kann die Abwägung des Prozesses zumunsten des Klägers losgehen. Auf Blatt 23 der Akten lesen wir:

Beschluß.
1. Der Antrag des Klägers (Bl. 21 d. A.), dem Zeugen P. ... sicheres Geleit zu erteilen, wird abgelehnt.
2. Dem Beklagten wird folgender Eid auferlegt:

„Ich ... hat mir als Prokurist des Klägers im März 1933 mündlich erklärt, daß er mir in Anbetracht der Zeitverhältnisse einen Nachschuß von 15 Prozent auf den Rechnungsbetrag vom 22. November 1932 bewillige.“

Erklärungfrist: 1 Woche.
3. (Anweisungen für die Zustellung.)
Köln, den 19. September 1933.
(3 Unterschriften.)

Prompt hat der Beklagte den Eid geleistet. Was hat er schon zu riskieren. Einen Juden darf man schon um sein Geld pressen. Daß ein großer Teil der hohen Bonoprotratie mir und mich nicht genau unterscheiden kann, weiß man längst. Aber auch mit der Unterscheidung von Wein und Wein wird es im „dritten Reich“ nicht genau genommen. Und, wie gesagt, formaljuristisch ist alles in bester Ordnung!

Heißt den Emigranten!

Ein herzbewegender Aufruf

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht folgenden Aufruf: „An alle deutsche Volksgenossen! Unsere deutschen Brüder und Schwestern sind durch das heutige System fortwährend Verfolgungen ausgesetzt. Ohne Untersuchung werden Tausende unserer Brüder ihrer Überzeugung und Treue wegen vielfach auf Monate ins Gefängnis geschleppt. Die Gefängnisse sind überfüllt, weshalb Konzentrationslager geschaffen werden. Einem Teil dieser Verfolgten ist es gelungen, zu flüchten. Frau und Kinder, Eltern und Angehörige, Stellung und Arbeitsdienst, die geliebte Heimat wurden verlassen.“

Viele Hunderte sind in diesem Glauben gekommen, täglich kommen neue Flüchtlinge und Ausgewiesene hierher. Ueber 200 Flüchtlinge sind noch nicht untergebracht und harren auf Eingliederung in irgend einen Betrieb. Der Winter steht vor der Tür. Nehmen Sie sich unserer vertriebenen Brüder an! ... Helfen Sie mit an der Fürsorge für die Flüchtlinge, nehmen Sie einen dieser Vertriebenen in Ihrem Betrieb auf oder bewahren Sie dem einen oder anderen Gastfreundschaft auf einige Zeit. Sie lindern damit die Not unserer braven Kämpfer und Sie dienen damit dem deutschen Volke.“

Wir haben den Aufruf ein ganz klein wenig redigiert, indem wir den Hinweis verschwenden ließen, daß es sich um österreichische Nazi-Emigranten handelt.

Auf die deutschen Volksgenossen, die „das heutige System“ aus Deutschland vertrieben, ruft der „Völkische Beobachter“ täglich alle Höllestrafen herauf, und seine Regierung will jede Hilfe für die Emigranten verbieten. Doppelgänger sind die Nazis und roß.

Das Exempel

Hakenkreuzfahnen in der katholischen Kirche geweiht!

Gelegentlich eines Hauptgottesdienstes in der katholischen Pfarrkirche zu Stuttgart fand die Weihe von 87 NSDAP-Fahnen statt. Anz vor Beginn des Gottesdienstes marschierten die Fahnenabteilungen in geschlossenem Zuge in die Kirche und stellten sich im Chor auf. Stadtpfarrer Herr Kommer hob in seiner Predigt die Bedeutung der kirchlichen Weihe dieser Hakenkreuzfahnen hervor und fügte hinzu, daß im Kampf gegen die Gottlosigkeit Volk und Vaterland die Mitarbeit der Kirche verlangen. Diese Mitarbeit wolle die Kirche dem Vaterlande auch bei dem großen Hölzwerk gegen die Not des Winters widmen.

Zwanzig Jahre Panamakanal

Genau vor zwanzig Jahren wurden die letzten Spatenstiche an dem riesigen Panamakanal getan. Damit war ein Bauwerk vollendet, das ungeheure Opfer gekostet und während seiner Entstehung mehrfach in sensationeller Weise die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gezogen hatte.

Als vor 420 Jahren der Spanier Balboa mit 1500 Lastträgern und einer kleinen Truppe von der Küste des Atlantischen Ozeans zum erstenmal bis zu den Ufern des Pazifik vordrang, brauchte er für seinen mühsamen Weg mitten durch den Urwald dreißig Tage. Dramatische Szenen, so berichtet die Historie, haben sich abgepielt, als die kühnen Spanier den Stillen Ozean vor sich sahen. Das mitgeführte Banner der Heiligen Jungfrau wurde mit dem Meerwasser besprengt. Jeder watete in die Fluten und trank eine Handvoll. Und Balboa, der stolze, furchtlose Balboa, konnte sich nicht der Tränen erwehren.

Balboa wird hingerichtet

Nicht lange, und der große Spanier wurde wegen einer Liebesaffäre hingerichtet. Spanien entledigte sich damit eines seiner größten Söhne. Er ist es gewesen, der nach seiner glücklichen Ueberquerung der Landenge den Plan zu einer Verbindung der beiden Ozeane durch einen großen Kanal ins Auge faßte. Sein Tod verhinderte die Ausführung. Auch nachher noch war die Verwirklichung seiner Anregung näher, als man denken sollte. Erst Philipp II. machte allen Erdreutungen darüber ein Ende, als er den Plan für gottlos erklärte.

Lesseps will den „gottlosen“ Kanal bauen

Erst vor fünfundsünfzig Jahren griff man das Problem wieder auf. Es war Ferdinand de Lesseps, der die Pläne für den Kanal angefertigt hatte. Es entstand damals ein wilder Tumult, jeder erkannte die Notwendigkeit des Kanals, jeder

wollte in den Besitz einer Panama-Aktie gelangen. Sehr bald war das erforderliche Kapital beisammen.

Aber de Lesseps hatte sich verrechnet. Er wollte ohne Schleusen, nur durch Erdbewegung den Kanal ausheben, indem er dem natürlichen Lauf des Schagresflusses folgte. Er bedachte dabei nicht, daß der Wasserstand des Pazifik dreißig Zentimeter über dem des Atlantik liegt. Nach zehn Jahren erfolgte denn auch der ungeheure Zusammenbruch des gesamten Panamaunternehmens.

Er war allerdings nicht ausschließlich de Lesseps Schuld. Die Aktiengesellschaft hatte sich außer mangelhaften Vorbereitungen auch Verschönerungen und schwindelhafte Provisionen zuschulden kommen lassen. Daher spricht man noch heute von einem „Panama“, wenn es irgendwo „stinkt“. Lesseps hat bekanntlich den Suezkanal gebaut.

Nach diesem großen Mißschlag nahmen sich die Amerikaner des Kanals an. In großen Schleusen mußten sie die hohen Bergketten überwinden. Der Schagresfluß wurde gestaut und in dem Gatunsee der größte Stausee der Welt geschaffen. Mehr als dreieinhalb Kilometer Felsgestein mußte weggepörrt werden. Zehntausende von Arbeitern schafften zehn Jahre lang an dem großen Werk.

Unter jeder Eisenbahnschwelle ein Toter?

Viele Todesopfer hat das menschenmörderische Klima gefordert. Wer nicht den Strapazen in der stehenden Sonne erlag, den raffte die tödliche Malaria hinweg. Es wird behauptet, die Zahl der Toten sei so groß gewesen, daß man unter jeder Schwelle der Eisenbahnlinie von Colon nach Panama einen Arbeiter hätte begraben können. Die Kollen sind ebenfalls enorm gewesen. Schon bei dem Zusammenbruch hatten die Franzosen sechshundert Millionen Schilling und die Amerikaner 2,4 Milliarden Mark investiert. Aber das Geschäft hat sich zuletzt doch gelohnt. Der große Kanal ist für die Schifffahrt unentbehrlich und wird selbst heute noch zu der Zeit der Wirtschaftskrise täglich mindestens von zehn Schiffen befahren.

Post nach Southampton abgeschossen und erreichte am 30. August das in London nach Kapstadt startende englische Flugzeug, um am 5. September, also nach dreizehntägiger Reise, das Ziel Nairobi zu erreichen. Günstige Anschläge vorausgesetzt, hätte die kürzeste Laufzeit dieser Sendung per Eisenbahn und Schiff 22 Tage betragen.

Ein Schloß für sieben Lire

Auf einer Berghöhe bei Cuneo an der italienisch-französischen Grenze von Piemont steht das aus dem dreizehnten Jahrhundert stammende Schloß Montemale. Dieses alte Schloß ist, wie Turiner Zeitungen berichten, für sieben Lire zu kaufen. Vor ungefähr zwanzig Jahren ließ der Besitzer, Marquis von Saluzzo, da ihm die Steuern zu hoch waren, das Dach vom Schloß fortnehmen. Wind und Regen hatten seitdem freien Eingang und machten das Schloß zu einer Ruine. Da der Marquis von Saluzzo einer Bank in Cuneo 40.000 Lire schuldete und er keine Anstalten machte, zu bezahlen, ließ die Bank kürzlich das Schloß versteigern, um zu ihrem Geld zu kommen. Das Land wurde auf 10.000 Lire geschätzt, das Schloß nur auf zehn Lire. Da sich aber kein Liebhaber fand, wurde eine neue Versteigerung anberaumt und die Tage auf nur sieben Lire festgesetzt. Aber auch zu diesem Preis hat sich noch kein Käufer gefunden.

Rom. Das Reich aller dieser Camorren schuf dann das, was gebildete Menschen „den Staat“ nennen.

Niemals hätte ein Fontamarese gewagt, ohne Don Circofanzas Begleitung ein öffentliches Gebäude zu betreten, um zum Beispiel einen Geburtschein zu holen. Man hätte ihn dort mit Fustrierten hinausgeworfen. Generale Baldifera erzählte oft, wie die Fontamarefen in den ersten Zeiten der Eisenbahnlinie Rom-Pescara außer mit dem Geld für das Billett, noch mit einem Empfehlungsschreiben von Don Circofanza auf den Bahnhof gingen. Denn die Eisenbahn gehörte dem Staat, und hat dieser den Casoni gegenüber je eine Verpflichtung gehabt? Das Reisen wurde immer alltäglich, die Züge immer voller, so daß die Gewohnheit, mit Empfehlungsbriefen am Billettsschalter zu erscheinen, sich verlor und die Casoni selbst bis nach Rom reisten, ohne darüber vorher mit Don Circofanza Beratung zu haben. Aber bei allem andern wäre sich ein Casone ohne den Schutz eines feinen Mannes wie ein Fisch auf dem Trocknen vorgekommen.

So zu leben schien uns ganz selbstverständlich, aber die Alten erinnerten sich an andere Zeiten. Früher, da gab es bei uns drei oder vier Großgrundbesitzer, den Bischof inbegriffen, die alle besaßen und alles selbst lenkten auf Grund zweier oder dreier alten bekannter, höchst einfacher Gesetze. Dann kamen die Piemontesen: jeden Tag erließen sie ein neues Gesetz, jeden Tag gründeten sie ein neues Büro und um sich da zurechtzufinden, brauchte es Juristen. Dem Wortlaut nach verloren die Grundbesitzer ihre Rechte und alle wurden vor dem Gesetz gleich. Aber um dieses anzuwenden, anzunehmen, zu umgeben oder es in Schändlichkeiten zu verwandeln, dazu brauchte man Advokaten. Als ich ein Kind war, gab es in unserer Hauptstadt zwei Rechtsanwältinnen, die zugleich Notare waren. Jetzt gibt es deren acht und dazu noch vier Notare, ohne die Schwindler, die alle Streitereien erst schaffen. Um zu leben, sind eine Menge Advokaten notwendig, jede Woche neue Intrigen zu erfinden. Streit herauszubekämpfen und kleine Prozesse auf die lange Bank zu schieben. Reinigungsverschiebenheiten, die früher gütlich beigelegt wurden, dauern heute mit Hilfe der Anwältinnen Jahre, kosten das Blaue vom Himmel und hinterlassen als Nachspiel Haß und Groll. Die Beziehungen der Familien untereinander werden durch die Advokaten auch immer

Laß nachten, Herr!

Von Dölar Maria Graf

Noch einmal will der Tag sich selber Amen sagen und zieht rund um den Himmel eine hohe Wand. Noch einmal glänzt, was Staub ist, Mühsal und Verlagen. Und fällt ins Dämmern wie ein weinloser Taub. Was ist nun alles dies, das uns so wichtig schien? Ein Hauch geschah — und nun ist's gestern. Und morgen? — Morgen kling' so kühl! Und steht auf einmal rundherum, genau so fern und ebenso gewesen. Wir stehen wehrlos vor dem Niesenberg der Zeit, von dem sich hart die Stundenheine lösen und abwärtsrollen ins verflohten Nichts. Laß nachten, Herr! Die Seele schreit aus der Verdammung dieses hoffnungslosen Weltgerichts.

Morris Hillquit

Aus Newyork kommt die traurige Nachricht, daß einer der angesehensten und international bekanntesten Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung, Morris Hillquit, nach längerem schweren Leiden gestorben ist.

Hillquit war russischer Abstammung; er ist am 1. August 1870 als Sohn eines Lehrers in Riga geboren, aber schon mit sechzehn Jahren wanderte er nach Amerika aus. Dort widmete er sich juristischen Studien und wurde einer der angesehensten und gesuchtesten Anwälte Newyorks. Von Anfang an wirkte er in der amerikanischen sozialistischen Partei. Seit 1900 gehörte er ihrem Parteivorstand an, seit 1904 war er der internationale Sekretär der Partei und hat als solcher an nahezu allen internationalen Kongressen der Vorkriegszeit teilgenommen.

Bei der Spaltung der amerikanischen Bewegung nach dem Krieg blieb Hillquit dem Sozialismus treu und führte die Partei erst zum Anschluß an die Wiener Internationale Arbeitersgemeinschaft und dann in die wiedervereinigte Sozialistische Arbeiter-Internationale. Auf den Kongressen der Internationale ist er als Vorkämpfer der amerikanischen Delegation und auch als Kongressvorsitzender hervorgetreten; auf dem internationalen Kongress von Brüssel erstattete er ein Referat über die wirtschaftliche Lage. Hillquit ist auch als Schriftsteller bekannt geworden. Sein Buch über die Geschichte des amerikanischen Sozialismus ist in deutscher Sprache in der Internationalen Blätter erschienen.

Mit Hillquit verliert nicht nur die amerikanische, sondern die internationale sozialistische Bewegung eine hervorragende Gestalt. Er scheidet von der amerikanischen Arbeiterklasse gerade in dem Augenblick, in dem sie, durch besondere Umstände begünstigt, sich ansieht, einen Aufstieg zu nehmen, an dessen mühevoller Vorbereitung ihm ein geschichtliches Verdienst zufällt.

Lachen nicht verlernen

Mutter: „Hat sich der Doktor endlich einmal ausgesprochen.“ — Tochter: „Nein, Mama. Es kommt niemals zum Aussprechen, immer nur zu Ausreden!“

M.: „Sag mal, bist du immer noch schwankend in deinem Entschluß, deine Verlobung zu lösen?“ — W.: „Ja, ich war in der Tat unentschieden, aber nun steht mein Entschluß doch fest, sie nicht zu heiraten.“ — M.: „Wie kam denn das mit einem Male?“ — W.: „Ich habe gestern zufällig gesehen, wie sie Teppiche klopf. Mir ist da ganz angst und bange geworden.“

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILONE

Normalerweise genügte der Ertrag der von uns gepachteten und der anderen größeren Grundstücke zur Bezahlung von Steuern und Pachtzinsen, während die Früchte der bewässerten Felder unsere Nahrung für den Winter bedeuteten: Maisbrot und Gemüsesuppen. Der Raub des Wassers verdammt uns zu einem Winter ohne Brot und ohne Minestra. War das menschenmöglich? Es schien unmöglich. Keiner von uns versuchte auch nur, es sich auszumalen. Aber an wen sich da noch wenden?

Das Rätsel der zehn Fustri, das nach dem Rätsel der zwei Dreiviertel aufgetaucht war, hatte jedes Vertrauen zwischen uns und der „ehrenwerten Gesellschaft“ untergraben. In beiden Fällen waren wir von dem gleichen Mann, dem wir immer die Vertretung unserer Interessen anvertraut hatten, nach allen Regeln der Kunst hereingelegt worden. Wir konnten uns auf niemand mehr verlassen. An wen sich da noch wenden?

Man kann sich schwer vorstellen, was das für uns bedeutete. Ein Casone ist sich immer wehrlos und verloren vorgekommen, wie ein Wurm auf der Erdoberfläche, wenn es ihm nicht gelungen war, sich einem „Herz“ zu unterstellen und den Eintritt in eine Klientela (Schutzdrigkeit) zu erringen, an deren Spitze der „Herr“ stand, an den er sich in jedem schwierigen Fall wenden konnte: um Schutz gegen feindselige Mitglieder anderer Klientelen, um Arbeit, wegen Auswanderung, um einen kurzen Urlaubsschein für den Sohn beim Militär, um Rat bei Erbangelegenheiten, in Ehefragen und ähnlichen Fällen. Daher hatte jeder Casone stets versucht, sich an ein Mitglied der bevorrechteten Klasse anzuschließen, am liebsten an einen Advokaten. Dieser stützte sich wieder auf einen Kollegen, der beim Unterpräfekten Einfluß hatte; und der wiederum fand beim Präfekten Unterstützung; und so weiter bis zur Regierung in

bähtlicher. Sie mischen sich in alles. Ihre Gebärden, ihr Tonfall, ihre Art sich zu kleiden, zu grinsen, zu trinken, zu essen, sind ausstudiert, um die Casoni einzufangen. Der größte Glücksfall eines Casoni ist, einen Rechtsanwalt zum Vater zu haben; daher kann man am Firmungstag in der Kathedrale der Hauptstadt jeden Rechtsanwalt von rund zehn Casonikindern umringt sehen, die von ihren festlich aufgezogenen Müttern begleitet sind. Die Advokaten waren deshalb auch die unentbehrlichsten Ehrengäste bei großen Familienfesten, besonders beim Hochzeitschmaus, wo sie stets rechts von der Braut saßen.

Jede Klientela arbeitete übrigens rücksichtslos gegen die andere. Jede versuchte das Bürgermeisteramt oder den Podesta, den Amtsrichter, den Hauptmann der Carabinieri, den Unterpräfekten, den königlichen Staatsanwalt oder den Abgeordneten zu stellen. Die Klassen der Gemeinde oder der frommen Werke waren das Ziel ihrer Träume; diese Ämter wurden an die eigenen Parteigänger verteilt, die Steuern willkürlich veranlagt, die Arbeiten für die Gemeinde an sich gerissen und die Wähllisten wimmelten — wenn es einmal zu einer Wahl kam — von Toten und Abwesenden.

Auf diese Weise gelang es einer Klientela oft, sich einen ganzen Dorfs zu bemächtigen. So war Fontamara seit Don Circofanza gefolgt. Colarmele gehörte. Don Cucavascio, Ortona Don Ciccone, Bisegna Don Tarandella, San Benedetto Don Pomponio, Amtsrichter, Carabinieri und Beamte konnten wechseln, die Neugekommenen aber mußten sich der herrschenden Klientela unterwerfen oder abziehen.

Die Konflikte der „Herren“ wurden zu Konflikten der Dörfer. Es genügt, an den Krieg zwischen Pescina und San Benedetto von 1913 zu erinnern, einen Krieg der Herren, den die Casoni mit allen Mitteln führten, mit Vergiftung des Wassers, Vernichtung der Weinberge, Anzünden der Kornspeicher und Schießereien; ein Krieg, den die Regierung in Rom nur mit großer Mühe beilegen konnte, indem sie ein Infanterieregiment und einige hundert Mann Kavallerie sandte. Der Krieg endete, aber der Haß zwischen den Casoni hörte nicht auf.

(Fortsetzung folgt.)

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Linie 88 wird von Ende Oktober an durch einen Autobus ersetzt werden.

Im Conservatorium des Arts et Metiers ist unterirdisch ein Amphitheater Painleve mit 800 Plätzen eröffnet worden, verbunden mit zwei unterirdischen Sälen für je 250 Schüler und einem Kino-Saal. In den Sälen findet eine Web-Anstaltung mit alten und modernen Webstühlen statt, die an den nächsten Sonntagen umfönst zu besichtigen ist.

Der Pariser Kinowähler Cretois, der seine Frau wegen Erdnusschalen, die im Zuschauerraum lagen, getötet hat, erhielt 5 Jahre Gefängnis. Es stellte sich heraus, daß die Frau ihm schon nach dem Leben getrachtet hatte.

In Boulogne-sur-Mer fand ein dort wohnender 44jähriger Russe seine 33jährige Frau im Bett eingekerkelt mit einem 17jährigen Landmann vor. Der Betroffene schlug mit einer Art auf den Kopf des Nebenbuhlers ein, den er lebensgefährlich verletzte, und stellte sich der Polizei.

Der französische Arbeitsminister hat einer alten Arbeiterin in Calais, die seit 70 Jahren in einer Zuckfabrik in Calais arbeitet, in die sie als Kind mit 8 Jahren eintrat, das Kreuz der Ehrenlegion verliehen.

Die erste Ziehung der französischen Staatslotterie findet am 7. November im Trocadero statt. Acht Ausgaben von Loten sind vorgesehcn, die nächste am 16. Oktober.

Der russische Regisseur Djev hat in Paris den Film „Anna Karenina“ nach Tolstoj vollendet.

Zodcanin, „der große Richter der Musik“ (der Hüter für Wagner) ablagte, hatte bei seinem ersten Pariser Konzert, das er im Theater des Champs Elysees wieder ohne Notenblatt dirigierte, einen ungeheuren Erfolg. Das zweite (Wagner-) Konzert findet am 18. Oktober statt.

Im Theatre de Paris wurde eine Komödie mit dem Titel „Tovaritch“ („Genosse“) gegeben.

Die Rue Gaillard im 9. Arrondissement wurde in Rue Paul-Gaudier umgetauft, und der Boulevard Chauvelot im 15. wurde zu einer Straße Santos-Dumont.

Der „Topf am Feuer für die Allen“ verteilte wieder 300 Exponationen am Boulevard Ornanö.

Gebildete Dame,
Französisch spricht deutsch und russisch, sucht Beschäftigung bei Kindern oder Erwachsenen.
Schreibens: Publ. Metall, 51, rue Turbigo No. 529

ASNIERES
10, Rue Demolot Malon,
2 Zimmer
Heizung, Toilette, 500 Fr.
Heizung und Charges einbegriffen 565-9

Tschechisches Restaurant
„Le Sokol“
Echte Wiener Küche // Americ-Bar
22, Avenue Niel, PARIS (17)
Pilsener Bier Mäßige Preise
Rendezvous der Deutschen in Paris
48-52

Wie die „schöne Sophie“ überlistet wurde Die Spionageaffäre in St. Avold

Die „schöne“ oder „dicke“ Sophie, das ist die Frage. Hebrigens sieht sie auf einem Bilde an der Seite ihres imfangeschmückten Gemahls, der eingezogene Lippen hat, mit ihrem Normalgesicht, der Pons-Frisur und den starken und äppigen Lippen über einem kleinen Mund nicht äbel aus, nur die schwarzen Augen stehen. In Wirklichkeit soll sie aber dick wie eine Tonne gewesen sein, wie einige Zeugen sagen.

Deute erzählt man auch, wie die mysteriöse Gafchaubehälterin in St. Avold ihr Opfer, den Vagabond Choppe, gewonnen hat. Er spülte jeden Abend Karten mit den 18er Reitern bei Sophie oder sah zu. Da machte ihm nun das Weib den Vordruck, den großen Hans in der Spionage zu machen. Als er zögerte, empfing sie ihn am nächsten Abend in Gesellschaft von zwei neuen Freunden: „Ich brauch' Dich nicht mehr in dieser Sache, versteht Du?“ Mit dieser alten weiblichen List gewann sie ihn. Der Diebstahl des Modells 1924 durch den Jäger in der Kaserne zu St. Avold vernichtete die Pläne des Weibes. Der Chauffeur der Autotaxi, mit dem sie in der Nacht nach Saarbrücken fuhr, weigerte sich plötzlich, weiterzufahren und lieh sie um. Sophie und ihr Jäger fuhren dann in einem anderen Fuhrwerk alleine los, ein unwiderrliches Paket zu ihren Füßen. Aber die echte Waffe blieb in Frankreich.

Am nächsten Morgen hatte sich Sophie auf dem Bahnhof in Nordaus mit Choppe verabredet, der den Jäger mitbringen sollte. Aber weder Choppe noch der Jäger kam. Auch Jupp, der Chemiker und Vater der Mädchen in Saarbrücken, wartete vergebens. Sophie wurde auf dem Bahnhof verhaftet.

Im Büro des Spezialkommissars wurde ihr auf den Kopf zugehakt, daß Choppe und der Jäger hochatigen und daß das Modell 1924 noch in Frankreich ist. Sophie sank um, blaß wie eine Leiche, brachte kein Wort mehr hervor.

Das Robespierre-Denkmal

Am Sonntag wurde das Denkmal von Robespierre, dem „grünadriigen Unbestechlichen“, in seiner Heimstadt Arras enthüllt. Diese Zeremonie hat dadurch von sich reden gemacht, daß die Anwälte von Arras die Teilnahme an dieser Feier abgelehnt hatten, weil Robespierre, ein Anwalt, die Anwaltsvertretung der Angeklagten abgelehnt hatte.

Amedee Dunois, ein alter Kämpfer, erinnerte heute daran, daß die durch die Staatslage geschaffene „Zuredensberrschafft“ nicht von Robespierre gewollt war, noch mit seiner Entscheidung ihr Ende fand. Dunois rüh Maximilien Robespierre und Gracius Robespierre als Vater des heutigen sozialen Gedankens und beruft sich auf das Zeugnis von Albert Mathiez hierüber.

Das Denkmal des Mannes von Arras ist von Marius Cladel gemalt, dem Sohne des bedeutenden sozialistischen Schriftstellers Leon Cladel.

Um das heutige französische Leben zu verstehen, muß man wissen, daß die Sorbonne und die französische Wissenschaft im wesentlichen auf dem Standpunkt Dantons stehen — dessen herrliches Denkmal auf dem Boulevard Saint-Germain die berühmten Worte „Rühtheit, Rühtheit und abermals Rühtheit“ und „Erst Brot, dann Erziehung“ trägt.

Er wollte die Nonnen schlafen sehen . . .

Eins der berühmtesten Werke der französischen Literatur ist die „Histoire de la Folie“ von Diderot. Einen Nachtrag zu diesem Werke lieferte jetzt der Monteur Ernest Keiller aus der schönen Roststadt Mey, 27 Jahre alt und Coislin-Strasse wohnhaft.

Die ehrwürdige Schwester Johanna — mit weltlichem Namen hieß sie einst Gabriele Duval — war nicht schlecht erkrankt, als sie eines Nachts, es war in einer heißen Augustnacht gegen 1 Uhr nach der Mitternachtsstunde, einen fürchterlichen Darmkrampf und dann einen schrecklichen Keul im Kloster sah. Der Darm kam aus dem Raume, in dem der Geldschrank stand, den die Nonnen zur Verstellung ihrer Almosen unter den Armen brauchten. Besonders Schwester Johanna ist sehr mildtätig, alle armen Hechtbrüder kennen sie — was also lag näher, als daß sie den Geldschrank rettete?

Aber zu Tode erschrocken fand die Religiöse in diesem Raume einen Eindringling vor, der sich, angeht der nächsten Klosterfrau, schleunigst wie ein Affe über die Fensterbrüstung in den Hof gleiten ließ und dort hinter Ständen Deckung nahm. Schwester Johanna aber bedachte sich als moderne Klosterfrau des Telefons und ließ den Friedensbrecher hinter seinen Ständen festnehmen.

Vor Gericht verteidigte sich Keiller jetzt damit, daß er betrunken gewesen sei und ein unwiderstehliches Verlangen besessen habe, die Klosterfrauen schlafen zu sehen. Einige Zeugen waren jedoch anderer Meinung und behaupteten, daß es der nächtliche Weinger mehr auf den Geldschrank abgesehen habe. Auch die Richter glaubten mehr an einen Detektivroman als an Diderot und erkannten auf ein Jahr Gefängnis für die Störung des Klosterfriedens.

Das Verhalten eines Schnellzugs-Mörders

Der Schnellzugs-Mörder Antonio Cinguin, der wegen des feinerzeitigen sensationellen Attentats auf den Reisenden Blanc im Schnellzug 30 verhaftet wurde, legte eine bemerkenswerte Kaltblütigkeit an den Tag. Der Attentäter, der nach Lyon gebracht wurde, weigerte sich, vor der Polizei irgendwelche Angaben zu machen, bevor ihm nicht ein Anwalt gestellt sei. Der von dem Verbrecher verlangte Offizialverteidiger wurde gestellt.

Die französische Mädchen-Erziehung

Der bekannte Publizist Maurice de Waleffe veröffentlicht im „Journal“ eine Artikelserie über die französische Mädchen-Erziehung, die auch vom deutschen Standpunkt aus sehr aufklärend ist.

In Paris gibt es sieben Mädchen-Lyceen: vier kleine, die nach Dichtern getauft sind: Victor Hugo, Lamartine, Racine und Moliere, sowie drei große, die die Namen großer Pädagogen tragen. Das Lyzeum Renelon ist, wie wir ergänzend bemerken, nach dem großen Erzbischof und Prinsenerzieher des 17. Jahrhunderts benannt worden, der die berühmte „Nabela“ und die „Reisen des Telemach“ schrieb. Das Lyzeum Victor Duruy vereint die Erinnerung an einen Historiker des zweiten Kaiserreichs, der vielerlei Schulreformen durchführte. Das Lyzeum Jules Ferry ist das Paternat eines bekannten Schulmannes und Ministers der dritten Republik.

Diese sieben Mädchen-Schulen beherbergen 1800 Kufen von 10 bis 18 Jahren. Jetzt, nach dem Schulbeginn, sind alle Kuffer voll. Moliere betrachtet sich als das höchste Lyzeum von Frankreich; es ist sehr stolz darauf, den ersten Preis unter Bubben und Mädchen für lateinische und griechische Uebersetzung davongetragen zu haben mit einer Schülerin.

Tüchtiges Hausmädchen

(4-Zimmerwohnung) sofort gesucht. Schreiben: Publ. Metall, 51, rue Turbigo No. 529

ZIMMER für 1 Person (1. und 18. Arr.) Olivier 74, rue Turbigo, 6-7 Uhr

Dringend

Vorteilhafte Position wird Turfmann angeboten. Perfekte französische und deutsche Sprachkenntnisse notwendig. Ca. 2 Stunden täglich. Sich wenden: Paris-Turf 5, rue Laborde (8)

Schuhgeschäft

sehr gut gelegen, mit schöner Einrichtung zu verkaufen. Vorteilhafter Preis.

Zuschreiben an: Mr. Weill, 244, Boulevard Raspail, Paris (14)

WOHNUNGEN

1, 2, 3 Zimmer ab 2000 Fr. Charges und Heizung einbegriffen. Concierge, 3, rue Francois Pignon 561

Tüchtiger Wiener Geschäftsführer

franz. Nationalität, spricht verschied. Sprachen, sucht Posten. Jean III-bis zur Concoettes (17) 565

die darauf sofort in die berühmte Ecole Normale in der Rue d'Ulm kam. (Diese Hochschule ist ein besonders glorreicher Teil des französischen akademischen Lebens: „ancien normalien“ zu sein, ist eine besondere Ehre, die viele Politiker teilen.)

Dafür ist Victor Duruy mit dem Vorbeur der Philosophie unumwunden: Mademoiselle Le Senne, eine schwarzgeschlechte Siebzehnjährige, hat alle Mitbewerber des starken Geschlechts in Sachen Philosophie geschlagen. Sie wird an der Sorbonne das Licentiat in der literarischen Wissenschaft machen.

Diese Schule, die der Verfasser besucht hat, befindet sich am Boulevard des Invalides, in den Gärten des früheren Klosters zum Heiligen Herzen. Es ist gerade Pause. Durch die offenen Fenster des Arbeitszimmers der Leiterin sieht man die jungen Mädchen draußen in der Kantonienallee laufen.

„Alle sozialen Klassen sind hier vertreten“, heißt es, „das Viertel Sangirard schickt einfache Bürgermädchen, und das Faubourg St. Germain elegante Töchter, ebenso die Rue Varenne . . .“

„Die werden von ihren Gouvernanten abgeholt?“
„Ach wo. Das ist vorbei. Diese Sitten gibt's nicht mehr. Die Mädchen kommen ohne Begleitung.“
„Auch mit dem roten Spitzenkiss in der Schulmappe, um von der Klasse aus ins Kino zu gehen?“

„Das nicht — Fuder und Schwund sind verboten. Na, in der Praxis ist das ja nicht so leicht zu überreden. Genau so geht's mit dem, was sie lesen. Keulich haben wir ein medizinisches Aufführungsstück konstatieren müssen, das nicht

Dr. Spécialiste
96, rue de Rivoli — Métro: Chatelet
RAD KALE HEILUNG VON BLUT, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impfungsvorfahren; Trypsin- und Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Sperma- und Salvarsan, Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr; Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Mansprichtdeutsch

BOULOGNE a/Seine
43, rue de l'Est. Ganz komfortabel (Fahrrad, Heizung, Badestube)
4 Zimmer 7000 Fr.
2 Zimmer 4600 Fr.
Zimmer ab 1600 Fr.
Charges und Heizung einbegriffen 535-75

E. LIG, Mit gr. Rabatt wird
Wohnung
abgegeben. Arrond. 14ème, Faub. St. Marcelle, 42m. großer Eingang, Mädchenzimmer, Ganzr. Komfort. Dort wird auch Einrichtung ver. auf. Sich erkundigen von 9 bis 14 Uhr.
TEL. VAUG. 35-79

auf dem Programm stand und daß eine Große in Umlauf legte. Ihre Mutter kam her und beschwerte sich darüber. „Ja bin dafür“, sagte sie, „daß meine Tochter alles erfährt.“ Das Weib hat sie natürlich, aber zu Hause. Im Lyzeum können andere Familien anderer Meinung sein.

„Die Aufnahmebedingungen sind streng?“
„Ja streng. Von hundert Bewerberinnen konnten wir dies Jahr nur sieben nehmen, für die Klasse der „Graduierter“. Die Befoldung beträgt 20 000 bis 30 000 Franken am Ende der Dienstzeit, bei 15 Unterrichtsstunden in der Woche. Das ist nicht läbel.“

„Aber diese „Graduierter“ sind dann auch die Ausnahmserziehungen?“

„Gewiß. Die, die bloß das einfache Licence bestanden haben, können sich auf den Volksschulunterricht werfen: eine Schullehrerin bezieht 12 bis 18 000 Franken, dazu Wohnung und Garten. Wenn sie einen Lehrer heiratet, und sie die Rechte des Dorfs. Das lateinische und griechische Licentiat berechtigt zum Unterricht in den höheren Schulen, weil die Lehrerinnen der vorigen Generation noch kein Latein kannten, diesen Platz auf dem Ratheder unserer Lyzeen haben noch männliche Professoren inne.“

„Aber Professor oder Lehrerin können doch nur eine vom Hundert werden — was machen die anderen 99?“

„Wir bringen sie hier bis zum Baccalaureat. Wenn sie das bestanden haben, haben sie ihren Beruf zu wählen.“

„Nacht ihnen das viel Sorge?“
„Ach — in diesem jugendlichen Alter . . .“
„Sind es die Eltern, die sich Sorgen machen.“
„Allerdings!“

Soweit Maurice de Waleffe in seinem ersten Aufsatz, den wir ausführlich für die deutschen Eltern und Töchter in Frankreich wiedergegeben haben. Zur Erklärung erwähnen wir noch, daß es in Frankreich folgende Schulstufen gibt: 1. die Vorklasse (Maternelle), 2. die Volksschule (ecole primaire elementaire), 3. die Mittelschule (ecole primaire superieure), 4. die Lyzeen und Kollegien (enseignement secondaire).

Existenzsicherendes
Textil-Unternehmen
des Ober-Elsas aus Gesundheitsgründen zu verkaufen. Erforderlich 500 000 Fr. Schriftl. Off. u. Nr. 6505 Agence Havas Strasbourg.

Dr. A. Sliosberg
INNERE KRANKHEITEN
16, r. Jules Claréte, Ecke 40, Bd. Emile Angier
PARIS (16) • Métro: Mairie • Troc. 22-04
Mittwochs und Freitags von 2-4 Uhr und nach vorheriger Anmeldung

Pariser Kino-Programm vom 15. bis 19. Oktober 1933

- Agriulteurs (8, rue d'Athènes), La Maternelle (nach Léon Frapié Roman).
- Aktualitäten-Kino L'Auto (31, Bd. des Italiens), Ununterbrochen von 10 Uhr bis Mitternacht, Pariser Moden. Match Fieseler—Detroit.
- Bonaparte (Place St. Sulpice), La Maternelle (nach Léon Frapié Roman).
- Cinéma des Champs-Elysees (118, Champs-Elysees), Jennie Gerhardt (Sylvia Sidney), amerik. Fassung, franz. Untertitel.
- Ciné-Opéra (32 A. de l'Opéra), La Maotornello (nach Léon Frapié Roman).
- Ciné-Plage Marbeuf (34, rue Marbeuf), Platinum blonde (Jean Harlow), franzö. Untertitel.
- Ermitage-Club des Ursulines (72, Champs-Elysees), Cavalcade (engl. Originalfassung, franz. Untertitel).
- Lord Byron (122, Champs-Elysees), Privatleben Heinrichs VIII. (Ch. Laughton), engl. Originalfassung, franz. Untertitel.
- Madeleine, Lechant du Nil.
- Paramount, Un Sait de Reveillon (Meg Lemonnier).
- Parnasse Studio (11, rue J.-Chaplain), Dostojewsky (Sowjetfilm), La Terre a soil.
- Raspail 214, Prospérité (Marie Dressler), Originalfassung, franz. Untertitel.
- Studio Caumartin, Back Street, franz. Untertitel.
- Studio Etoile (18, rue Troyon), Liebeli (nach Arthur Schnitzler) mit Magda Schneider, (Deutsche Originalfassung.) Ununterbrochen von 14 Uhr 30 bis 19 Uhr; abends um 21 Uhr.
- Studio Diamant (Place Saint-Augustin), Die 13 Koffer des Herrn O. F. (A. Granovsky), deutsch. „Das Leben, wenn man 18 Jahre alt ist“.
- Studio 28 (10, rue Tholozé), La Foire aux Illusions (State-fair) Originalfassung, französische Untertitel.
- Ursulines (10, rue des Ursulines), The Phantom President, amerikansiche Originalfassung, franz. Untertitel; L'Homme à la barbiche.
- Washington Palace (14, rue Magellan), 42nd Street, franz. Untertitel; ab Mont. 16. Okt. Once in a lifetime.
- Washington Club (14, rue Magellan), Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag, 3 Uhr und 9 Uhr 30: Grand Slam (Lor. Young), franz. Untertitel.

MONTFARNASSE 30 Minuten vom Dome
Wiener Restaurant Prater
Wiener Schnitzel • Gulasch
Apfelstrudel • Sachertorte
Kaffee mit Schlagobers • Wiener Platten

Teilhaber gesucht
wegen Krankheit, Transport, Autoschule
20 000.— Fr. Zuschritten an
BONELLI, 106, Avenue Orleans, PARIS

MIAMI THE-COCTAIL-DANSANT
von 5.30 bis 8.30 Uhr
Consomation 10 u. 15 Fr.
141, Avenue Malakoff - Métro Porte Maillot